DER KOLONIALISMUS UND SEINE FOLGEN

125 Jahre nach der Berliner Afrika-Konferenz

INKOTA-Dossier 5

BER e.V.

DER KOLONIALISMUS UND SEINE FOLGEN
125 Jahre nach der Berliner Afrika-Konferenz

3 • Das Schlüsselereignis des modernen Kolonialismus
Vorgeschichte, Ziele, Verlauf und Folgen der Berliner Afrika-Konferenz • *Christian Kopp*

6 • Das heimliche Erbe
Wie die Berliner Afrika-Konferenz sich bis heute auf die afrikanische Politik auswirkt • *Dominic Johnson*

8 • Antikolonialer Widerstand
Wie AfrikanerInnen sich gegen die europäische Expansion zur Wehr setzten • *Joshua Kwesi Aikins*

11 • Vielfältige Unterdrückung
Imperialismus und Kolonialismus führten zur europäischen Aneignung Afrikas, Rassismus war die Ideologie zu ihrer Rechtfertigung • *Marianne Bechhaus-Gerst*

12 • Das Unrecht erinnern
Der moderne Diskurs über den Kolonialismus in Afrika • *Jacob Emmanuel Mabe*

14 • Das Alte ist gestürzt
Kolonialismus war einst ein wichtiges Thema für afrikanische Schriftsteller – doch heute gibt es „neue Geschichten zu erzählen" • *Peter Ripken*

16 • Hartnäckiges Erbe
Wie koloniale Strukturen Kamerun bis heute prägen und Probleme bereiten • *David Simo*

18 • Reichskriegsflaggen und „Fette Katzen"
Eindrücke aus dem postkolonialen Namibia • *Henning Melber*

20 • Der neue Wettlauf um Afrika
Neokoloniale Landnahme bedroht Souveränität und Ernährungssicherheit • *Harry Stephan und Ryan Lobban*

21 • Hilfe, die dem Geber nützt
Eine Abrechnung mit der Entwicklungszusammenarbeit • *Mammo Muchie*

22 • Prekäre Subjekte
Die afrikanische Diaspora in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis zum Nationalsozialismus • *Katharina Oguntoye*

24 • Deutschland postkolonial
Verdrängen, vergessen, verleugnen • *Reinhart Kößler*

25 • Spuren und ihre Deutung
Postkoloniale Erinnerungskultur in Deutschland • *Joachim Zeller*

27 • Erinnern, aufarbeiten, wiedergutmachen
Eine Kampagne anlässlich des 125. Jahrestags der Berliner Afrika-Konferenz • *Armin Massing*

In seiner Installation „Scramble for Africa" (2003) bricht der in London geborene Künstler Yinka Shonibare die weiße koloniale Bilderwelt
Abbildung: Mit freundlicher Genehmigung des Künstlers und der Stephen Friedman Gallery, London. Foto: Stephen White

Liebe Leserin, lieber Leser,

für die Menschen in Afrika war der Kolonialismus eine Tragödie. Millionen wurden ermordet oder verhungerten, Zwangsarbeit, Prügelstrafen und Vergewaltigungen waren Alltag im kolonialen Herrschaftssystem. Die Europäer wollten die Kolonien zum nationalen Prestige und vor allem zur Ausbeutung der Ressourcen. Rücksichtslos wurden lokale Strukturen zerstört und alles daraufhin organisiert, den höchsten Profit aus den Kolonien zu ziehen. Um die systematischen Menschenrechtsverletzungen zu rechtfertigen, entstand die rassistische Ideologie, die Weiße als höherwertig einstufte. Zugleich wurde ein „Zivilisierungsauftrag des weißen Mannes" postuliert.

Die Berliner Afrika-Konferenz vor 125 Jahren war das zentrale Ereignis, bei dem sich die europäischen Mächte, das Osmanische Reich und die USA hinsichtlich ihrer kolonialen Ansprüche verständigten. Mit bekannten Folgen: Die willkürliche Grenzziehung hat zu Grenzkonflikten geführt, aber auch dazu, dass es zu Konflikten zwischen zusammengewürfelten Bevölkerungsgruppen gekommen ist; die kolonialen Herren haben gezielt korrupte heimische Co-Eliten aufgebaut, was zu einem nachhaltigen Verfall der politischen Kultur geführt hat; die wirtschaftliche Ausrichtung auf den Export von Primärgütern konnte vielfach bis heute nicht überwunden werden.

Eine kritische Aufarbeitung der Kolonialzeit hat in Europa kaum stattgefunden, auch

DER KOLONIALISMUS UND SEINE FOLGEN

in Deutschland nicht: Nur wenige Orte im öffentlichen Raum erinnern an die Verbrechen des Kolonialismus; auch in Schulbüchern spielt der deutsche Kolonialismus so gut wie keine Rolle.

Das Verhältnis Europas zu Afrika ist bis heute von der kolonialen Vergangenheit geprägt. Auch die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) muss sich vor diesem Kontext einer kritischen Revision unterziehen: Der Gedanke eines „europäischen Entwicklungsauftrags" wurde im Schlussdokument der Berliner Afrika-Konferenz erstmals formuliert. Viele Kolonialmächte widmeten nach der Unabhängigkeit ihrer Kolonien die eigenen Kolonialministerien umstandslos in Entwicklungshilfeministerien um.

Was bedeutet das nun für die EZ? Weder heißt es, dass diese grundsätzlich sinnlos ist, noch darf man einfach weitermachen wie bisher. Vielmehr muss sich die EZ ihrer kolonialen Vergangenheit bewusst sein und die eigene Praxis permanent auf koloniale und neokoloniale Muster reflektieren.

Dieses Dossier soll Anregungen dafür geben und Hintergrundinformationen für kritische Veranstaltungen anlässlich des Jahrestags bieten (siehe Seite 27). Es ist eine Gemeinschaftsproduktion von INKOTA und dem Berliner entwicklungspolitischen Ratschlag (BER). Der BER arbeitet seit einigen Jahren zum Zusammenhang von EZ und Kolonialismus – so setzt er sich etwa in Berlin für die Umbenennung von Straßen ein, die nach Kolonialverbrechern benannt sind.

Armin Massing und Michael Krämer
BER INKOTA-netzwerk

IMPRESSUM: Das INKOTA-Dossier 5 **Der Kolonialismus und seine Folgen - 125 Jahre nach der Berliner Afrika-Konferenz** ist der Schwerpunkt des INKOTA-Briefs 149 vom September 2009. Herausgeber: **INKOTA-netzwerk** (Greifswalder Straße 33a, 10405 Berlin, Tel.: 030-4289111, E-Mail: inkota@inkota.de, Web: www.inkota.de) und **Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag** (BER) (Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Tel.: 030-42851587, E-Mail: buero@ber-ev.de, Web: www.ber-ev.de). Das Dossier kann für 2,50 Euro plus Versandkosten beim INKOTA-netzwerk oder dem BER bestellt werden (ab 5 Ex. 20% Rabatt, ab 10 Ex. 30% Rabatt). **Redaktion:** Michael Krämer (V.i.S.d.P.) und Armin Massing. **Layout:** Olaf von Sass, Druck: H&P-Druck Berlin.
Dieses INKOTA-Dossier erscheint mit freundlicher Unterstützung von BMZ, EED, MISEREOR, STIFTUNG NORD-SÜD-BRÜCKEN und STIFTUNG UMVERTEILEN.

Christian Kopp

Das Schlüsselereignis des modernen Kolonialismus

Vorgeschichte, Ziele, Verlauf und Folgen der Berliner Afrika-Konferenz

Auf Einladung der Regierungen des Deutschen Reichs und der Französischen Republik kamen am 15. November 1884 die Vertreter zehn weiterer europäischer Staaten, der USA und des Osmanischen Reichs zu einem Treffen zusammen, das afrikaweit als „Berlin Conference" oder auch „Conférence de Berlin" bekannt ist, in Europa hingegen bis heute zumeist als zweitrangiges Ereignis der Diplomatiegeschichte betrachtet wird. Die deutsche Regierung unter Bismarck hatte entscheidenden Anteil daran, dass es auf dieser Konferenz um nicht weniger als die koloniale Aufteilung Afrikas ging.

Die Aufteilung Afrikas unter den Europäern hatte längst begonnen, als die Vertreter der Großmächte sich im Winter 1884/85 in Berlin versammelten. So hatten sich die Portugiesen schon im 16. Jahrhundert an den Küsten Angolas und Mosambiks festgesetzt, im 17. Jahrhundert okkupierten holländische Siedler die Kapgegend Südafrikas, Algerien wurde 1830 von Frankreich erobert und 1861 annektierte Großbritannien Lagos im heutigen Nigeria. Über all diese Jahrhunderte hinweg blieb der weitaus größte Teil des Kontinents jedoch unter afrikanischer Kontrolle, denn nur selten reichte die Herrschaft der Europäer weit über die Küstengegenden hinaus und selbst diese waren noch längst nicht vollständig annektiert.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts begann sich das allmählich zu ändern, doch erst zu Beginn der 1880er Jahre spitzte sich der Expansionismus der Großmächte dann zur oft verharmlosend als „Scramble for Africa" (Wettlauf um Afrika) bezeichneten Konkurrenz um neue Herrschaftsbereiche in Afrika zu. Kurz nach der Annexion Ägyptens durch Großbritannien (1882) erhob Frankreich auf zentralafrikanische Gebiete am Nordufer des Kongo Anspruch. Im Januar 1884 rief der belgische König Leopold II. den Freihandel und Neutralität versprechenden „Kongo-Freistaat" aus. Zur selben Zeit trafen Nachrichten über einen geplanten Vertrag zwischen Portugal und Großbritannien über die Anerkennung portugiesischer Herrschaftsansprüche im Gebiet der Kongomündung ein. Noch war nicht abzusehen, wie die Auseinandersetzung um das „Herz Afrikas" ausgehen würde, aber seine Aufteilung unter den Europäern stand im Frühjahr 1884 vor der Tür.

Die deutschen Interessen

Zeitgleich entbrannte auch Streit um die für weniger wertvoll gehaltenen Küsten Westafrikas. Das war vor allem Deutschland zuzuschreiben, das bisher keine Kolonien in Afrika besaß. Im Herbst 1883 hatte Reichskanzler Bismarck bei der britischen Regierung vorgefühlt, wie es um ihre Ansprüche auf das vom Bremer Kaufmann Lüderitz „erworbene" Angra Pequena in Südwestafrika stünde. Er erhielt als Antwort, dass „obwohl die Regierung Ihrer Majestät nicht den Anspruch auf Souveränität im gesamten Landesgebiet erhebe (...), sie es doch als Verletzung ihrer legitimen Rechte betrachten würde, wenn eine andere Nation die Souveränität oder Gerichtshoheit über das Gebiet zwischen dem südlichsten Punkt des portugiesischen Herrschaftsgebietes (...) und der Grenze der Kapkolonie beanspruchte."

Nicht bereit, Großbritannien die Vorherrschaft auch über die noch nicht formal annektierten Küstengebiete zuzugestehen, kündigte Bismarck daraufhin an: „Überall, wo England nicht tatsächlich Jurisdiktion ausübt und unseren Angehörigen ausreichenden Schutz gewährt, [müssen wir] diesen Schutz selbst in die Hand nehmen." Er schickte schließlich Gustav Nachtigal in geheimer Mission nach Westafrika und am 24. April 1884 wurde das Küstengebiet in Südwestafrika unter den „Schutz" des Reiches gestellt. Nach Nachtigals Verträgen mit den Königen Mlapa, Akwa und Bell erhob Deutschland im Juli 1884 auch an der Küste von Togo und Kamerun offizielle Ansprüche.

Möglich wurde dieser Eintritt Deutschlands in den Kreis der Kolonialmächte vor allem durch die sich zeitgleich formierende internationale Opposition gegen den portugiesisch-britischen Vertrag über die Kongomündung. Als daraufhin Portugal ein internationales Treffen der „interessierten Mächte" zur Klärung seiner Rechte an der Kongomündung vorschlug, zogen Deutschland und Frankreich die Initiative an sich. Von Beginn an federführend war dabei Bismarcks Regierung, die das größte Interesse an der Ausrichtung einer bedeutenden Konferenz hatte, auf der weit mehr diskutiert werden sollte als eine Alternative zum portugiesisch-britischen Vertrag.

Unter völliger Missachtung der Eigentums- und Herrschaftsrechte von Millionen AfrikanerInnen verständigte man sich schon im Vorfeld der Konferenz mit Frankreich auf die Anerkennung von Leopolds II. „Kongo-Freistaat" und die Schaffung einer riesigen Freihandelszone im „Kongobecken", das einen Großteil Zentralafrikas umfasste. Für das Nigergebiet wollten Deutschland und Frankreich gern eine vergleichbare Regelung finden, wegen des erwarteten Widerstands Großbritanniens, das dort den größten Einfluss ausübte, beschränkte man sich allerdings auf das Ziel einer freien Schifffahrt für alle Europäer.

Das Prinzip „Effektive Besetzung"

Wichtiger für Deutschland war allerdings die Durchsetzung der selbst entworfenen Regelungen, die eine „effektive Besetzung" beanspruchter Gebiete zur Bedingung für ihre internationale Anerkennung machte. Von Anfang an hatte Bismarck größten Wert darauf gelegt, nicht mit französischen Territorialansprüchen in Westafrika zu kollidieren. Im September 1884 beruhigte er Frankreich mit der Versicherung: „Die Ausdehnung unserer kolonialen Besitzungen ist nicht Gegenstand unserer Politik; wir haben nur im Auge, dem deutschen Handel den Eingang nach Afrika an Punkten zu sichern, welche bis jetzt von der Herrschaft anderer europäischer Mächte unabhängig sind."

Wenig später erhielt die deutsche Regierung, was sie wollte: Frankreichs Premier gab seiner Zuversicht Ausdruck, dass sich die deutsch-französischen Grenzziehungsverhandlungen in Togo und Kamerun problemlos gestalten würden. Gegen die bri-

Zeitgenössischer Stich der Teilnehmer der Berliner Afrika-Konferenz; in der Bildmitte: Reichskanzler Otto von Bismarck
Abbildung: Adalbert von Rößler

tischen Hegemoniebestrebungen sollte Bismarcks Konferenz in Berlin nun vor allem eines erwirken: Die Anerkennung des neuen deutschen „Kolonialbesitzes" durch die anderen europäischen Staaten. Entsprechend wurde Großbritannien bis zum Abschluss der Vorbereitungen über die Tagesordnung der Konferenz im Unklaren gelassen.

Ergebnisse der Konferenz

Am 15. November 1884 kamen die Großmächte schließlich in Berlin zusammen. Sie einigten sich auf die Einrichtung kontinuierlich arbeitender Ausschüsse, deren Ergebnisse auf regelmäßigen Konferenzsitzungen besprochen werden sollten. In die gut drei Monate später, am 26. Februar 1885, verabschiedete „General-Akte" der Berliner Konferenz wurde über die angekündigten Ziele der Konferenz hinaus noch eine Neutralitätserklärung für das Kongobecken sowie – auf Initiative Großbritanniens – eine Verpflichtung zum Kampf gegen den Sklavenhandel aufgenommen. Im Wesentlichen aber konnten sich Frankreich und vor allem Deutschland mit seinen weitreichenden Regelungen zur Regierung in Zentralafrika und zur Besitzergreifung an den Küsten des Kontinents durchsetzen.

Beginnend mit dem englischen und dem US-amerikanischen Konferenzvertreter haben sich zahllose Kommentatoren über die Abwesenheit afrikanischer Vertreter bei diesen Vorgängen in Berlin empört. Zieht man aber in Betracht, dass die von Bismarck aufgestellten Prinzipien den afrikanischen Kontinent ungeachtet aller vor Ort abgeschlossenen Verträge nun als *terra nullius*, als Niemandsland, definierten und seine BewohnerInnen zu Objekten des internationalen Rechts herabsetzten, wird nachvollziehbar, warum ihre Anwesenheit in Berlin nicht erwünscht war.

Beginn europäischer „Entwicklungspolitik"

Gleichzeitig sollte die Berliner Afrika-Konferenz aber auch als Beginn einer gemeinsamen „Entwicklungspolitik" der europäischen Regierungen gesehen werden. Schon in seiner Eröffnungsrede betonte Bismarck, „dass alle eingeladenen Regierungen geeint sind in ihrem Wunsch, die Eingeborenen Afrikas dem Kreis der Zivilisation zuzuführen", und auch in der General-Akte wurde deklariert, dass alle unterzeichnenden Staaten „auf Mittel zur Hebung der sittlichen und materiellen Wohlfahrt" afrikanischer Menschen bedacht wären.

Was angesichts ihrer gleichzeitigen Enteignung und Entmündigung äußerst zynisch klingt, stellte für die anwesenden Europäer nur die Kehrseite derselben Medaille dar.

Schon vor der Berliner Konferenz hatte der deutsche Reeder und Kolonialist Adolph Woermann gezeigt, wie schamlos der eigene Vorteil dabei mit den Interessen afrikanischer Menschen in eins gesetzt wurde: „Es liegt auf der Hand, dass in Afrika zwei große ungehobene Schätze zu heben sind: Die Fruchtbarkeit des Bodens und die Arbeitskraft vieler Millionen Neger. Wer diese Schätze zu heben versteht (...), der wird nicht nur viel Geld verdienen, sondern auch gleichzeitig eine große Kulturmission erfüllen."

Grenzen – Mythos und Wirklichkeit

Der weitverbreiteten Annahme, dass alle bis heute bestehenden afrikanischen Grenzen am Berliner Konferenztisch gezogen wurden, ist von HistorikerInnen häufig und zu Recht widersprochen worden. Denn in der Tat waren einige Kolonialgrenzen schon vorher bestimmt, andere wurden erst deutlich später verhandelt, und die Generalakte der Konferenz selbst kennzeichnet lediglich die Begrenzung des „natürlichen Kongobeckens".

Dennoch kann kaum bestritten werden, dass die europäischen Regierungen der einleitenden Aufforderung Bismarcks folgten und die Gelegenheit nutzten, sich „über Fragen zu verständigen, die mit der Abgrenzung ihrer Kolonialgründungen zusammenhingen". Zum einen betraf das natürlich die Abmachungen zu den Kongo-Inlandsgrenzen zwischen Frankreich, Portugal und dem „Kongo-Freistaat". Zum anderen wurden aber im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der Berliner Konferenz auch die Küstengrenzen der neuen deutschen Herrschaftsgebiete in Angra Pequena (Südwestafrika), Kamerun, Togo und schließlich auch die des noch kurz vor Konferenzende beanspruchten Gebietes in Ostafrika ausgehandelt. Im Zusammenhang mit den vom Kongo vorgegebenen Inlandsbegrenzungen ließ sich so 1885/86 schon annähernd erkennen, wie die späteren Kolonien und die heutigen Staaten in Afrika begrenzt sein würden.

Mit Hinsicht auf die konkrete Umsetzung seiner Bestimmungen ist die Berliner Afrika-Konferenz nicht ganz zu Unrecht oft als „wirkungslos" beschrieben worden. Zentralafrika blieb nicht „frei" für internationale Unternehmungen, der Sklavenhandel wurde nur halbherzig bekämpft und kaum eine europäische „Besitzergreifung" an den ohnehin schon fast komplett besetzten afrikanischen „Küsten" vollzog sich nach den in Berlin aufgestellten Regeln. In einer weniger eurozentrischen Perspektive sind die einschneidenden mittel- und unmittelbaren Folgen des Berliner Treffens jedoch unübersehbar.

Beschleunigung der Kolonisation

So hat Bismarcks Forderung nach einer „effektiven Besetzung" den Prozess der tatsächlichen Annexion afrikanischer Länder unzweifelhaft beschleunigt – ganz so, wie es die britische „Times" schon am 5. Dezember 1884 vorausgesehen hatte: „Was Portugal und die von ihm beanspruchten Gebiete (...) angeht, kann man sich kaum vorstellen, wie es seine Souveränität dort erhalten will, ohne (...) gemäß den neuen Regeln afrikanisches Gebiet effektiv zu besetzen. Und Frankreich wird zweifellos dasselbe tun. Erst nach Schluss der Konferenz wird sich herausstellen, was der Wettlauf um Afrika wirklich bedeutet."

Ganz direkt betraf dies auch die in Berlin „begründeten" deutschen „Schutzgebiete". Nicht nur erhielt gleich nach Abschluss der Konferenz auch Carl Peters einen kaiserlichen „Schutzbrief" für die von ihm beanspruchten Gebiete in Ostafrika. Mit dem Einsatz der deutschen Marine in Kamerun während der Weihnachtspause der Konferenz wurde auch eine Tradition kolonialer Gewalt begründet, die ihre furchtbaren Höhepunkte in den genozidal geführten Kolonialkriegen in Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika zu Beginn des 20. Jahrhunderts fand. Die schlimmsten Folgen hatte die Konferenz aber wohl für die Bevölkerung Zentralafrikas, wo König Leopolds II. skrupellos profitorientiertes Regime innerhalb weniger Jahre schätzungsweise zehn Millionen Menschen das Leben kostete.

Schlüsselrolle für Verhältnis zwischen Europa und Afrika

Für die vielen Millionen BewohnerInnen des in Berlin aufgeteilten Kontinents und ihre Nachfahren war das, was da ohne ihr Wissen entschieden wurde, zweifellos von gravierender Bedeutung. Aber auch für Europa und vor allem für das weitere Verhältnis der beiden Kontinente zueinander spielten die Bestimmungen der Berliner Afrika-Konferenz eine Schlüsselrolle. Denn nicht nur wurde die afrikanische Bevölkerung hier vollständig entrechtet. Zum ersten Mal wurde in Berlin auch ein gesamteuropäischer „Entwicklungsauftrag" gegenüber Afrika formuliert. An Zynismus wurde dieser wohl nur noch von dem Aufruf der versammelten Großmächte übertroffen, „die Eingeborenen zu unterrichten und ihnen die Vorteile der Civilisation verständlich und werth zu machen".

Die tiefe Demütigung, die all dies bedeutete, hat wohl niemand klarer formuliert als der kongolesische Priester Michel Kayoya in seinem Gedicht „Das Selbstbewusstsein des Kolonisierten": „Dieser Vertrag von Berlin hat mich lange gekränkt. / Jedesmal, wenn ich auf dieses Datum stieß, / empfand ich dieselbe Verachtung. / (...) Das schlimmste aber war, dass man mich dieses Datum lehrte. / Ich musste es auswendig lernen. / Eine ganze Unterrichtsstunde lang nannte man uns / Die Namen der Vertragspartner von Berlin, / Ihre außergewöhnlichen Fähigkeiten, / Ihr diplomatisches Geschick, / Die Beweggründe, die hinter einem jeden standen. / Vor unseren unbeweglichen Gesichtern breitete man die Folgen aus: / Die Befriedung Afrikas, / Die Wohltaten der Zivilisation in Afrika, / Den Mut der Forscher, / Den selbstlosen Humanismus, / Aber niemand, / Absolut niemand, wies hin auf die Beleidigung, / Auf die Schmach, die uns überall begleitete."

Christian Kopp ist Historiker und Vorstandsmitglied des Vereins Berlin Postkolonial e.V.

„Heldentod" einiger weniger Weißer, Mord an zehntausenden Schwarzen: Deutschlands Krieg gegen die Herero 1904 endete als Völkermord (Grabstein am Waterberg in Namibia)
Foto: Armin Massing

Dominic Johnson

Das heimliche Erbe

Wie die Berliner Afrika-Konferenz sich bis heute auf die afrikanische Politik auswirkt

Rund 50 Jahre nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten ist die politische Situation auf dem Kontinent schwierig: Diktaturen, Klientelismus, Menschenrechtsverletzungen und Korruption finden sich in zahlreichen Ländern. Viele Übel werden mit dem europäischen Kolonialismus und seinen Folgen in Verbindung gebracht – versinnbildlicht in der Berliner Afrika-Konferenz. Heute liegt das Problem jedoch nicht mehr sosehr in deren direkten Folgen, sondern darin, dass einige Grundprinzipien der Konferenz und des Kolonialismus nie praktisch überwunden wurden.

Zahlreiche Mythen ranken sich um die Berliner Afrika-Konferenz von 1884/85 und ihre Folgen, vor allem in Afrika selbst. Es gehört zu den Gründungsmythen postkolonialer Befreiungsideologien, dass die Konferenz das freie Afrika zerstörte, zugunsten eines Kolonialsystems, das innerhalb der in Berlin gezogenen Grenzen operierte und die AfrikanerInnen erstmals und komplett europäischen Interessen unterordnete.

Die Brutalität kolonialer Herrschaft in Afrika mit ihrer nahezu vollständigen Entrechtung der afrikanischen Bevölkerung, sofern sie überhaupt am Leben blieb, darf allerdings nicht den Blick darauf verschließen, dass es mehr bedurfte als einer rund 100 Tage langen Sitzung europäischer Diplomaten ohne jede Kenntnis Afrikas in der Berliner Wilhelmstraße, um den Kontinent so umfassend umzukrempeln, wie es Europas Herrschaft schließlich getan hat. Der europäische Kolonialismus in Afrika entstand nicht über Nacht, sondern er begann viel früher als die Berliner Konferenz, und seine endgültige Durchsetzung gelang in vielen Gegenden erst viel später. Nicht in erster Linie Grenzen wurden in Berlin abgesteckt, sondern die Prinzipien der gegenseitigen Anerkennung von Hoheitsrechten über afrikanisches Gebiet zwischen europäischen Mächten.

Die Konferenz als „Stunde Null"

Es diente sowohl der kolonialen als auch der postkolonialen Legendenbildung, dies zu vergessen und stattdessen die Berliner Akte quasi zur Gründungsakte sämtlicher afrikanischer Staaten zu erklären, als „Stunde Null" Afrikas, aus der alles Spätere abzuleiten ist und vor der nichts existierte, was hinterher noch von Relevanz ist. Denn damit wurde jede spätere Notwendigkeit, koloniale oder postkoloniale Strukturen gegenüber den davon betroffenen Menschen legitimieren zu müssen, von vornherein überflüssig. Jeder gewaltsame Unterdrücker afrikanischer Bevölkerungen, ob weiß oder schwarz, war ab 1885 gewissermaßen nur der Vollstrecker eines höheren Willens, der

Wolframmine in der Demokratischen Republik Kongo: Die Integration Afrikas in den Weltmarkt als Rohstofflieferant ist auch eine Folge des Kolonialismus
Foto: Wikimedia/Commons, Julien Harneis

am 26. Februar 1885 in der Berliner Reichskanzlei offenbart wurde.

Die zwei Gründungsprinzipien der „Organisation Afrikanischer Einheit" (OAU), die Afrikas unabhängige Staaten ab den 1960er Jahren vereinte und ihnen ihr gemeinsames Selbstverständnis gab, reflektierten diesen Selbstbetrug. Das erste Prinzip: die Unantastbarkeit kolonialer Grenzen, so als hätten die Kolonialherren nicht alle paar Jahre die Grenzen ihrer Verwaltungsgebiete hin- und hergeschoben, untereinander Tauschgeschäfte vorgenommen und spätere Länder nach Gutdünken verschmolzen oder wieder getrennt. Das zweite Prinzip: die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, so als habe die koloniale Ära nicht beispiellos enge Verknüpfungen zwischen Afrikas Völkern und Eliten geschaffen und als sei die Befreiung vom Kolonialismus nicht gerade ein Erfolg panafrikanischen Strebens gewesen.

Vertane Chancen

Auf der Strecke blieb darin die wichtigste Errungenschaft der Kolonialzeit, die allerdings keine Errungenschaften der europäischen Herrschaft war, sondern eine des erzwungenen afrikanischen Umgangs damit: das Entstehen einer kosmopolitischen gesellschaftlichen Avantgarde, von alten tribalen Bindungen befreit und im Lichte, besser gesagt im Schatten der Herrschaft Europas zu Selbstbewusstsein gelangt. Die ersten modern Gebildeten Afrikas, die eigene Zeitungen, Parteien und Kirchen gründeten und später auch – die Erlaubnis dafür dauerte in den meisten Ländern länger – eigene Unternehmen und schließlich Regierungen, waren während der Zeit des antikolonialen Widerstands gedanklich meist viel fortschrittlicher und aufgeklärter, als sie sich hinterher in der Zeit der Unabhängigkeit gaben. Sie reisten quer durch den Kontinent, sahen seine Grenzen und Staaten als vergängliche Zufallsprodukte fremden Einflusses an und hofften auf ein geeintes Afrika. Aber zugleich hielten sie die eigenen Bevölkerungen für hoffnungslos rückständige, bemitleidenswerte Opfer kolonialer Unterdrückung, die den Weg in die Freiheit nicht von selbst würden finden können.

Die historische Chance, durch eine aufgeklärte Politik die Völker Afrikas mitzunehmen in eine selbstbestimmte Zukunft, wurde vertan und durch die Herrschaft autoritärer Avantgarden ersetzt, deren Ehrgeiz sich schließlich darin erschöpfen sollte, die von den Europäern hinterlassenen Strukturen zu bekleiden. In dieser Wahl, die durchaus

anders hätte verlaufen können, zeigt sich das wahre Erbe der Berliner Konferenz an das Afrika von heute.

Die Berliner Herrschaftsphilosophie

Was die Berliner Konferenz Afrika in erster Linie hinterließ, war keine Landkarte, sondern eine Herrschaftsphilosophie. Sie besteht in der Feststellung, dass Staatswesen in Afrika nur dann einen Sinn haben, wenn sie erstens einen klar umrissenen geographischen Hoheitsanspruch stellen und zweitens diesen gegenüber aller Welt kundtun. Vor 1884 hatten die meisten afrikanischen Staaten und auch die bestehenden europäischen Besitztümer in Afrika weder klar definierte Außengrenzen noch beanspruchten sie die ausschließliche Kontrolle über ein Gebiet; höchstens – im Falle vieler tradierter afrikanischer Königreiche – übten sie Macht über eine definierte Bevölkerung aus, wo auch immer diese sich gerade befand.

Ab 1885 war das anders: Ein Gebiet und die Menschen darin sollten nun entweder einer Macht unterstellt sein oder einer anderen, nicht mehreren zugleich oder gar überhaupt keiner. Ein Platz für jeden und jeder an seinem Platz, so lautete das unausgesprochene Berliner Gesetz. Alte afrikanische Reiche wie Buganda oder Ashanti hatten plötzlich keine automatische Daseinsberichtigung mehr, alte Kolonien wie Sierra Leone mussten ihre Grenzen definieren, alte Staaten wie das Kaiserreich Äthiopien ihren Machtanspruch gegenüber den Italienern militärisch verteidigen, alte koloniale Siedlergesellschaften wie die Buren Südafrikas sich einem neuen von außen definierten Hoheitsanspruch erwehren.

Es war eine künstliche, keine organische Staatsgründung, aber durch sie wurde fortan kolonialer Herrschaftsanspruch gegenüber rivalisierenden Ansprüchen verteidigt. Der schlimmste Vorwurf, den sich koloniale Herrscher auf internationaler Ebene gefallen lassen mussten, war nicht etwa der, dass sie ihre Untertanen zugrunde richteten, sondern der, dass sie ihr Gebiet als Basis zur Destabilisierung von Nachbargebieten zweckentfremdeten. Auf dieser Grundlage verlor zum Beispiel Deutschland im Versailler Vertrag seine Kolonialgebiete in Afrika, während Belgien seinen genozidal ausgebluteten Kongo sogar vergrößerte.

Man findet das Erbe dieser Neuerung in allen Attributen von Souveränität in Afrika: die Staatsflaggen an allen möglichen und unmöglichen Orten, das Primat des Staatschefs und seiner Tätigkeiten in den Fernsehnachrichten, die Gleichsetzung staatlicher mit persönlicher Autorität, die Gleichsetzung von Durchsetzung des Rechts im Allgemeinen mit Entrechtung des Einzelnen, die Hinnahme von Gewalt als Herrschaftsinstrument im Großen wie im Kleinen. Diese Dinge haben sich in vielen Ländern sogar erst nach der Unabhängigkeit richtig in der politischen Kultur Afrikas gefestigt.

Der Staat als Verwerter und Verkäufer

Ein weiterer Bestandteil des in Berlin auf Afrika übertragenen Staatsverständnisses war, dass Staaten eine spezifische Funktion hatten: die Kontakte zwischen Afrika und dem Rest der Welt zu organisieren. Die Detailverhandlungen der Berliner Konferenz hatten dem Freihandel auf den Flüssen Niger und Kongo gegolten, und ihr Ergebnis sollte vor allem dafür sorgen, dass Handel zwischen in Afrika etablierten Europäern und europäischen Ländern nicht durch ungebändigte innereuropäische Rivalitäten zu Konflikten und Kriegen führt.

Statt sich gegenseitig um die Filetstücke Afrikas zu schlagen und damit die Überlegenheit europäischer Zivilisation ad absurdum zu führen, sollten Europas Mächte jeder in seiner Ecke möglichst viel herausholen, damit sich das Abenteuer Afrika überhaupt rentierte. Die zum Zweck der Organisierung des Handels gegründeten Kolonialverwaltungen sollten dann im Laufe der Jahrzehnte die Produktion oder Gewinnung exportträchtiger Güter auf afrikanischem Boden erhöhen.

US-Präsident Barack Obama – Ikone des postkolonialen Zeitalters – betonte bei seiner Rede in Ghana im Juli vor allem die Verantwortung der afrikanischen Regierungen für die Lage ihrer Länder Foto: Charles Dharapak

So entstand in Afrika eine untrennbare Verbindung zwischen Staat und Weltmarkt, die mehr noch als die postkolonialen Operettendiktaturen in der heutigen Globalisierung zu neuem Sinn findet. War unmittelbar nach der Unabhängigkeit noch die möglichst exklusive Kontrolle über Ex- und Importe sowie über grenzüberschreitende Geldbewegungen das wichtigste Herrschaftsinstrument, wenn nicht gar das vornehmste Ziel der postkolonialen Herrscher, hat sich im Laufe der Jahrzehnte immer mehr die Notwendigkeit aufgedrängt, auch das ökonomische Potenzial ihrer Länder zu entwickeln. Ob Ausgraben möglichst großer Erzmengen oder Förderung intellektuellen Kapitals durch Massenbildung, das Prinzip ist dasselbe: Den Regierungen obliegt es, im Umgang mit den eigenen Reichtümern gegenüber der Welt als möglichst effizienter Verwerter aufzutreten, und gegenüber der eigenen Bevölkerung als möglichst gerissener Verkäufer.

Unhinterfragtes Weltbild

Je weiter sich Afrika von diesem kolonialen Erbe emanzipiert, desto mehr drohen Legitimitätskonflikte. Aber alle Demokratiebewegungen und alle Sezessionsbestrebungen des Kontinents bewegen sich bis heute innerhalb dessen, was sie für die in Berlin abgesteckten erlaubten Grenzen politischen Handelns halten. Abspaltungstendenzen von Casamance in Senegal über Cabinda in Angola bis Somaliland in Somalia berufen sich zur Rechtfertigung nicht etwa in erster Linie auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern zuallererst darauf, dass ihr Gebiet zu Beginn der kolonialen Ära ein eigenes Kolonialterritorium darstellte. Manche afrikanischen Herrscher träumen davon, Grenzen zu ihren Nachbarländern überflüssig zu machen, aber niemand denkt daran, sie neu zu zeichnen. Herrscher werden gestürzt und Staaten reformiert, aber niemand schafft sie komplett ab – es sei denn aus Versehen wie in Somalia, und die Folgen davon sind eher abschreckend.

Auch wenn AfrikanerInnen heute ihr kulturelles Erbe neu entdecken und betonen – politisch empfinden die meisten den Blick ins Afrika von vor 1884 immer noch als einen Blick in die Steinzeit. Das ist das heimliche Erbe der Berliner Konferenz: für einen ganzen Kontinent die Grundlage für ein Weltbild geschaffen zu haben, das bis heute in den Grundzügen unhinterfragt bleibt.

Dominic Johnson ist Auslandsredakteur und Ressortleiter Afrika der tageszeitung (taz).

Joshua Kwesi Aikins

Antikolonialer Widerstand

Wie AfrikanerInnen sich gegen die europäische Expansion zur Wehr setzten

Kolonialismus provozierte zu allen Zeiten Widerstand, der umfassend auf seine militärische, politische und kulturelle Aggression antwortete. Der Facettenreichtum antikolonialer Aktivitäten in Afrika macht die Brutalität der KolonisatorInnen und die Kreativität der Kolonisierten deutlich. Widerstand konnte sich ganz unterschiedlich ausdrücken: in der Verweigerung von Zwangsarbeit, dem bewaffneten Aufstand, aber auch der Täuschung und der symbolischen Widersetzung.

Der formellen Kolonisierung weiter Teile Afrikas und Asiens gegen Ende des 19. Jahrhunderts ging bekanntermaßen die Kolonisierung Amerikas sowie die Deportation von Millionen afrikanischer Menschen in die amerikanischen und karibischen Kolonien voraus. Um 1800 kontrollierte Europa etwa 35 Prozent der Erdoberfläche, die besetzten Gebiete vergrößerten sich bis 1878 auf 67 Prozent. Die weitere Expansion in der Phase des Imperialismus zwischen 1878 und 1914 fand hauptsächlich im Rahmen des sogenannten „Scramble for Africa", des Wettlaufs um die Aufteilung Afrikas statt. Als in diesem Zeitraum bis zu 86 Prozent der Kontinentalfläche der Erde unter der nominellen Kontrolle weniger europäischer Großmächte standen, blickten Menschen in den besetzten Gebieten bereits auf eine reichhaltige Geschichte und Tradition des Widerstands zurück.

Dabei inspirierten sich besonders in den unterschiedlichen afrikanischen Kontexten kontinentalafrikanischer und afrodiasporischer Widerstand gegenseitig. Aus diesem Grund kann die Kontrolle der europäischen Kolonialreiche über die besetzten Gebiete nur als „nominell" bezeichnet werden, da es trotz nachhaltiger Gewaltanwendung nicht gelang, vollkommene Verfügungsgewalt über die einheimische Bevölkerung zu erringen. Das Versagen von Steuersystemen, die häufigen Politikwechsel, die begrenzte Lukrativität der Zwangsarbeit in dieser Periode zeugen von erfolgtem und erfolgreichem Widerstand, der den Ertrag der Ausbeutung spürbar minderte – oder aber die Kosten des kolonialen Zwangsapparats erhöhte und so die Wirtschaftlichkeit der Kolonien und damit eine Hauptmotivation für koloniale Expansion gefährdete.

Schlecht fürs Geschäft

Das Ausmaß des Widerstands lässt sich nicht zuletzt „ex negativo" aus zeitgenössischen Verlautbarungen der Kolonisatoren herauslesen: So verwiesen europäische Verfechter des Imperialismus und Lobbyisten in ganz Europa auf die deutsche „Musterkolonie" Togo, um ihren Versprechungen von einer kolonialen Dividende, die sich aus einem stärkeren staatlichen Engagement ergeben würde, Nachdruck zu verleihen. Togo galt als Modellkolonie, da die deutsche Kolonialadministration nach anfänglichen Ausgaben für den Großteil der 30 Jahre ihres Bestehens einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren konnte – der allerdings ebenso wie der Ausbau der Infrastruktur im Süden des Landes durch Zwangsarbeit und ein drakonisches Strafregime ermöglicht wurde.

Die Wichtigkeit des togolesischen Beispiels als Rechtfertigung für Staatsinvestitionen und -interventionen in Afrika zeigt jedoch auch, dass aktiver und passiver Widerstand eine einfache Ausbeutung der Bevölkerung verhinderte. Im Bemühen, sich neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu erschließen und dabei die Privatisierung der Gewinne bei gleichzeitiger Nationalisie-

Erinnerung an antikolonialen Widerstand: Das Maji-Maji-Denkmal in Nandete, Tansania, im Jahr 2008 während der Bauzeit
Foto: Seleman Khalifa Mabisso

rung der Kosten sicherzustellen, war die „Erfolgsgeschichte Togo" gerade auch deswegen so nötig, weil viele andere besetzte Gebiete noch schlechtere Bilanzen – sprich: andere Widerstandspraxen noch bessere Bilanzen – vorzuweisen hatten.

Widerstand gegen deutschen Kolonialismus

Widerstandsgeschichte bietet auch einen Einblick in das von Kolonisierten erlebte Ausmaß der kolonialen Aggression. Angewandt auf die deutsche Kolonialzeit zeigt so selbst ein kursorischer Blick, dass eine Relativierung des deutschen Kolonialismus als vergleichsweise kurz und harmloser oder gar menschenfreundlicher als die Politiken anderer Kolonialmächte keinen Bestand hat: Der genozidalen Aggression im heutigen Namibia (damals „Deutsch-Südwestafrika") fielen schätzungsweise 80 Prozent der Hererobevölkerung zum Opfer. Im heutigen Tansania (damals Teil von „Deutsch-Ostafrika") provozierte ein drakonisches Steuerregime sowie die Einführung von Zwangsarbeit eine der größten antikolonialen Erhebungen überhaupt: Die Maji-Maji-Rebellion, in der von 1905 bis 1907 über 20 Gemeinschaften gegen die deutsche Besatzung kämpften. Bei ihrer Niederschlagung kamen schätzungsweise 300.000 Menschen auf Seiten der Aufständischen zu Tode.

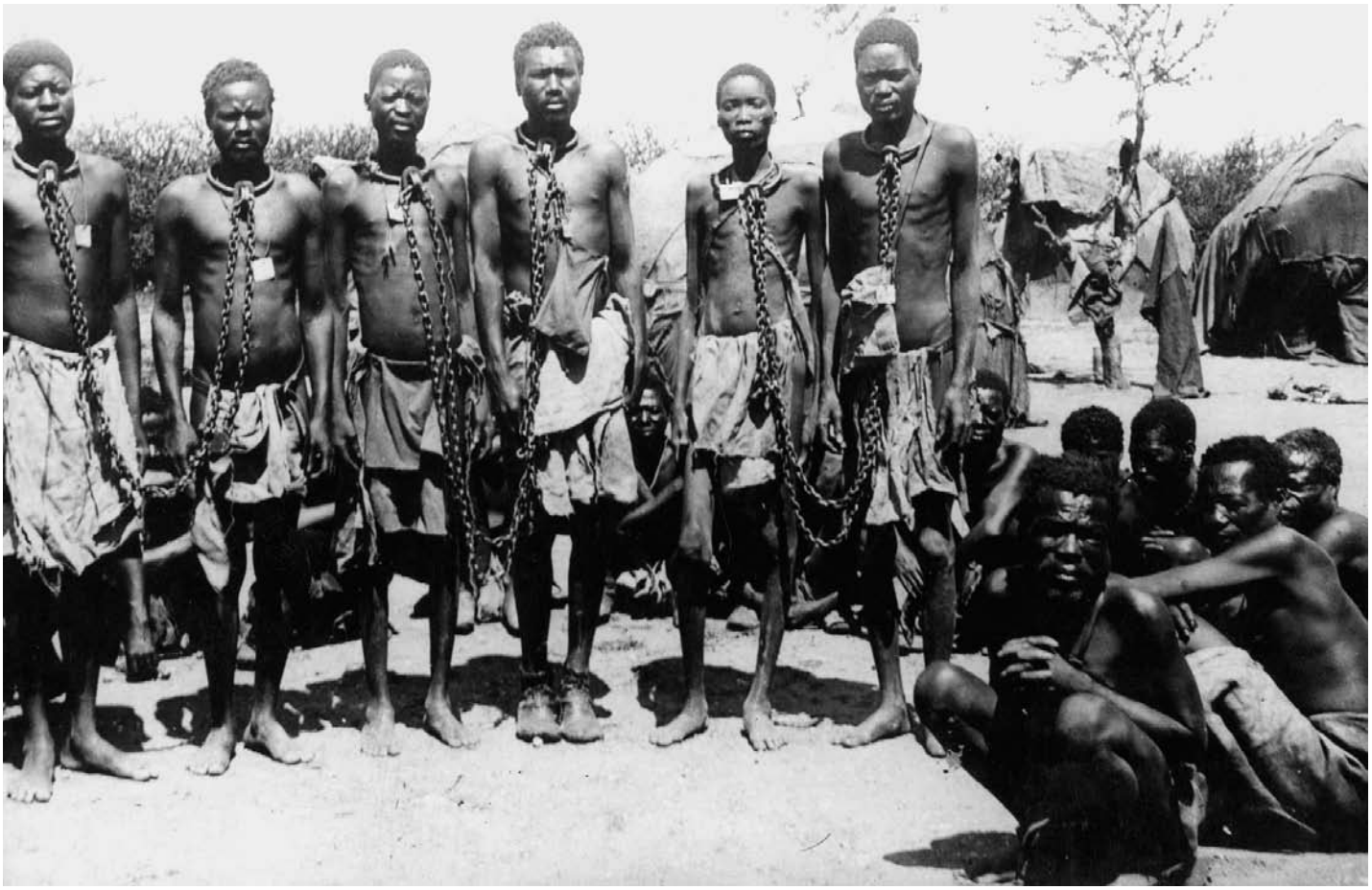
Die hohe Opferzahl erklärt sich aus den vielen Hungertoten, die Folge einer „Politik der verbrannten Erde" der Deutschen waren, die den Kämpfern der Maji-Maji-Rebellion und ihren Gemeinschaften die Grundversorgung nahm. Trotz der Niederschlagung der Rebellion errang das deutsche Militär einen Pyrrhussieg: Die Erfahrung des Maji-Maji-Aufstands knüpfte Verbindungen zwischen unterschiedlichen Gemeinschaften, was auf lange Sicht die koloniale „Teile und herrsche"-Politik unmöglich machte. So wurde die verlorene Rebellion ein kultureller Grundstein für die spätere Unabhängigkeitsbewegung.

Militärische Niederlagen, kulturelle Siege

Antikoloniale Gegenwehr war vielschichtig, doch das Verhältnis zwischen Kolonisierten und Kolonisierenden war oft von einer komplexen Abhängigkeit der Antagonisten geprägt. Während die Kolonisierten auf den umfassenden Machtanspruch der Kolonialmächte, auf einen rassistischen Kolonialdiskurs und dessen politische Konsequenzen antworten mussten, machte sich das imperiale Europa vom „primitiven Anderen" abhängig, indem es seinen vorgeblichen Fortschritt, seine Überlegenheit im Kontrast zu den Kolonisierten definierte.

Während die Kolonisierten jedoch zunehmend gezwungen waren, in den Brüchen und Widersprüchlichkeiten der Kolonialregime zu agieren, fanden sie kreative Wege, auch angesichts militärischer Niederlagen kulturellen Widerstand zu leisten. In Alltagspraxen und symbolischer Kommunikation drückte sich so ein Freiheitswille aus, der bis heute über die Konfrontation hinausweist und auf indigene Wertvorstellungen verweist.

Eine solche Form des Widerstands ist der von Nana Yaa Asantewaa, die bis heute eine der wichtigsten Symbolfiguren des Widerstands ist: Die um 1863 geborene Asantewaa bewies Führungsstärke und strategisches Geschick in einer Zeit, in der die Asante-Föderation auf dem Gebiet des heutigen Süd- und Zentralghana durch Angriffe von außen geschwächt und die oberste indigene Autorität, der Asantehene Prempeh I., 1896 zunächst nach Sierra Leone, dann auf die Seychellen deportiert worden war. Britischen Truppen war es mit Unterstützung anderer Armeen aus der Region, mit denen



Brutale Niederschlagung des Widerstands: von den deutschen Truppen in Ketten gelegte Herero-Krieger Foto: Archiv

das Asantereich zuvor Krieg geführt hatte, gelungen, den Asantehene und 50 weitere politische Würdenträger gefangen zu nehmen. Er hatte sich der Ausdehnung des *indirect rule* der Briten auf Asante widersetzt, indem er einen angebotenen „Protektoratsvertrag" ablehnte.

Hybris und Täuschung

Um den Sieg über Asante auch symbolisch zu vervollständigen, verlangten die Briten in der Folge mehrfach die Herausgabe des „Golden Stool", der britische Governeur Sir Frederick Hodgson erklärte seine Absicht, in Zukunft von diesem Thronschemel aus zu regieren. Diese Androhung war eine wohlkalkulierte Provokation: Der Golden Stool, auf dem auch der Asantehene niemals saß, symbolisierte die Asante-Föderation und ihre vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Generationen. Er erinnerte politische Würdenträger so an die Wichtigkeit nachhaltiger Politik, da sie bei Strafe der Absetzung angehalten waren, dem Golden Stool gegenüber verantwortlich zu handeln.

In einer Rede, die bis heute in der mündlichen Überlieferung der Asante tradiert wird, überzeugte Nana Yaa Asantewaa die verbliebenen Regionalchiefs von der Notwendigkeit militärischen Widerstands. Die Asante-Föderation zog daraufhin geschlossen unter dem Kommando Asantewaas in den neunten Krieg gegen die britische Kolonialmacht. Yaa Asantewaa erlangte jedoch im folgenden zehnmonatigen Krieg, in dem sowohl offene Feldschlachten ausgetragen wurden als auch Guerrillataktiken zum Einsatz kamen, keinen militärischen Sieg gegen die Übermacht britischer und westafrikanischer Truppen. Im Jahr 1901 endete der Krieg mit der Niederlage Asantes. Auch Asantewaa wurde gefangen genommen. Ihr entschlossener Widerstand ermöglichte es aber der Asante-Nation, trotz militärischer Niederlage einen kulturellen Sieg davonzutragen: Asantewaa täuschte die Briten, indem sie eine Replik des Golden Stool verteidigen und in ihre Hände fallen ließ. Während die Briten einen gefälschten Golden Stool in einem Triumphzug durch London fuhren und als Beweis ihrer Überlegenheit ausstellten, war der echte an einem geheimen Ort versteckt.

Wachsdruck als Medium

Asantewaas Täuschung der Briten ermöglichte eine subtile Form der widerständigen symbolischen Kommunikation, die sich eines neuen Mediums bediente, das noch heute in weiten Teilen Afrikas allgegenwärtig ist: Wachsdruckstoffe, die erst wenige Dekaden zuvor in das Gebiet des heutigen Ghanas gelangt waren, wurden nun als ideales widerständiges Medium erkannt. Kleider mit Symbolen wie einem Thronschemel oder einem Sonnenschirm als Symbol des politischen Systems der Asante erfreuten sich großer Beliebtheit. Unverstanden von der Kolonialadministration konnte so auf eine komplexe, widerständige Weise kommuniziert werden – diese Strategie verbreitete sich in der Folge rasch über die gesamte westafrikanische Subregion und den Kontinent.

So allgegenwärtig wie afrikanischer Wachsdruck ist in weiten Teilen des Kontinents eine komplexe koloniale Hinterlassenschaft, die als Kolonialität der Macht bezeichnet wird: In den unabhängigen Staaten setzen sich trotz der Zäsur der nominellen Unabhängigkeit koloniale Politikmuster fort. Die Kolonialität der Macht in postkolonialen Gesellschaften hat eine Kontinuität der Opposition gegen einen autokratischen Machtapparat zur Folge, der sich auch im Wachsdruck manifestiert: Sowohl RegierungspolitikerInnen als auch Oppositionelle und deren Symbole sind in den bekannten Portrait-Wachsdruckstoffen sowie in subtileren symbolischen Andeutungen öffentlich präsent. So wird die Kolonialität der Macht, die nicht selten auch westlichen Interessen dient, alltäglich kritisiert.

Joshua Kwesi Aikins ist Diplom-Politologe und promoviert an der Bielefeld Graduate School in History and Sociology. Er ist Mitglied der „Inititative Schwarze Menschen in Deutschland" und arbeitet seit Jahren wissenschaftlich und aktivistisch zur „Alltäglichen Gegenwart der kolonialen Vergangenheit".

Marianne Bechhaus-Gerst

Vielfältige Unterdrückung

Imperialismus und Kolonialismus führten zur europäischen Aneignung Afrikas, Rassismus war die Ideologie zu ihrer Rechtfertigung

Der europäische Imperialismus und Kolonialismus des 19. Jahrhunderts manifestierte sich in der gewaltsamen Aneignung fast des ganzen afrikanischen Kontinents. In der Folge wurden die afrikanischen Gesellschaften nachhaltig verändert. Mit rassistischen Konstruktionen wurden Ausbeutung und Unterdrückung legitimiert. Auch die Wissenschaften und christliche Missionare standen im Dienst des Kolonialismus. Heute ist der Kontinent mit den neokolonialen Bestrebungen Europas, aber auch der USA und Chinas konfrontiert.

Die Begriffe Kolonialismus und Imperialismus sind eng miteinander verknüpft, aber in ihrer Bedeutung nicht identisch. In der Literatur sind viele Versuche der inhaltlichen Abgrenzung zu finden, die sich in Teilaspekten unterscheiden. Dieser Beitrag schließt sich den Begriffsbestimmungen des Historikers Jürgen Osterhammel[1] an.

Danach bezeichnet „Imperialismus" eine „Weltpolitik", für die Kolonien eine Art Pfand im globalen Machtgefüge darstellten. Als Beispiel dafür kann der Tausch Helgolands gegen Sansibar 1890 gelten. Imperialismus wird von Staatskanzleien, Außen- und Kriegsministerien geplant und ausgeführt. Diese definieren immer wieder ihre nationalstaatlichen Interessen als imperiale.

Im Gegensatz dazu bezeichnet Kolonialismus eine asymmetrische Herrschaftsbeziehung, in der eine Gesellschaft ihrer Eigenentwicklung beraubt und für die Bedürfnisse und Interessen der Kolonialherren zwangsweise und häufig mit gewaltvollen Mitteln verändert wird. Die Kolonialherren sind dabei in der Regel in keiner Weise bereit, sich den Kolonisierten anzupassen und in politischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht Kompromisse mit diesen einzugehen. Kolonialismus wird im Gegensatz zum Imperialismus von Kolonialbehörden und deren Vertretern vor Ort ausgeführt.

Die Konstruktion der europäischen Überlegenheit

Der moderne Kolonialismus in Afrika basierte auf der Konstruktion einer europäischen Überlegenheit und eines geradezu göttlichen Mandats zur Beherrschung und „Zivilisierung" des Kontinents. Dementsprechend war Europas Beziehung zu Afrika gekennzeichnet durch ungleiche Machtverhältnisse. Die wissenschaftlichen Grundlagen dieser Konstruktion wurden in der Aufklärung gelegt, die zwar zum Ende des 18. Jahrhunderts den „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit" einleitete, den nicht-weißen Teil der Menschheit in diese Entwicklung aber nicht einzubeziehen gedachte.

Man begann, die Welt zu vermessen und zu kategorisieren, und im Zuge der Entstehung der neuen Wissenschaften der Aufklärung wurden die „Rassen" erfunden. Die frühen Wissenschaften vom Menschen setzten Charakter und Intellekt mit körperlichen Eigenschaften wie Hautfarbe oder Nasenbreite in Bezug. Die Menschen wurden in einem hierarchischen Ordnungssystem klassifiziert, an dessen Spitze der weiße Europäer stand. AfrikanerInnen wurden am unteren Ende dieses Systems eingeordnet. Die Ergebnisse von Messungen und Klassifikationen dienten als Rechtfertigung für Versklavung, Kolonialismus, Zwangsarbeit und Gewalt. „Rassismus entstand als Erklärungs- und Rechtfertigungsideologie der welthistorischen materiellen, militärischen und technischen Überlegenheit der Europäer seit ihrer Expansion nach Übersee", brachte dies der Historiker Immanuel Geiss treffend zum Ausdruck.

Europa hatte aus verschiedenen Gründen, die alle nicht zuletzt auf der Annahme einer europäischen Überlegenheit basierten, Interesse an Afrika. Ein bedeutender Antriebsfaktor war der Imperialismus, der politisch, wirtschaftlich und kulturell motiviert war. Die Ideologie des Imperialismus setzte koloniale Expansion mit hohem Prestige und Status gleich. Überseeische Besitzungen waren darüber hinaus geopolitisch von Bedeutung. Die afrikanischen Kolonien verschafften den europäischen Mächten strategische Vorteile im imperialistischen Wettkampf und in ihrem globalen Expansionsstreben. Sie lieferten billige Arbeitskräfte und begehrte natürliche Ressourcen.

Im Kolonialismus waren die Rollen klar verteilt: Menschenrikscha in Deutsch-Ostafrika
Foto: Sammlung Bechhaus-Gerst

Mission und Wissenschaft im Dienst des Kolonialismus

Ein weiterer Faktor war der der Missionierung. Die afrikanischen „Heidenkinder" sollten zum Christentum bekehrt und von christlicher Lebensführung überzeugt werden. Die christlichen Missionare gehörten zu den ersten Europäern, die in – aus europäischer Sicht – unbekannte Gebiete reisten. Ihnen voraus drangen häufig europäische Wissenschaftler in den „Dunklen Kontinent" vor. „Forschungsexpeditionen" wur-

den ausgeschickt, das Unbekannte für Europa zu „entdecken" und zu erschließen. Wissenschaftliche Forschung schuf Grundlagen für die koloniale Aneignung Afrikas. Geographen zeichneten unverzichtbare Karten, Ethnologen beschrieben soziale und politische Strukturen, Linguisten nahmen Sprachen auf und analysierten diese.

Gemeinsam lieferten die Disziplinen die für eine effektive Beherrschung und Kontrolle durch die europäischen Kolonialmächte notwendigen Informationen. Die rassistische Ideologie des Kolonialismus schuf die Grundlage für die Vermessung, Kategorisierung und Klassifizierung des Kontinents und seiner Bewohner. Die europäischen Wissenschaftler und Kolonialisten „entdeckten" Gebiete, Tiere und Pflanzen, die der afrikanischen Bevölkerung selbstverständlich bekannt waren. Die Europäer maßen sich das Recht der Benennung durch die „Entdecker" an, als wären AfrikanerInnen nicht schon seit Jahrtausenden Namensgeber für ihre Umwelt gewesen.

Missionarische und wissenschaftliche Arbeit war häufig verbunden oder vereinigte sich sogar in denselben Personen. Missionarische Aktivitäten begleiteten militärische Kampagnen, bei denen Tausende AfrikanerInnen starben, um die „verlorenen Seelen" der überlebenden AfrikanerInnen zu „retten".

Die europäischen Intellektuellen rechtfertigten den Kolonialismus mit der vermeintlichen physiologischen, geistigen und kulturellen Minderwertigkeit der afrikanischen Bevölkerung. Diese Rechtfertigungsgründe wurden aus europäischer Sicht bestätigt durch militärische Siege durch Kolonialarmeen oder koloniale Söldnertruppen, die die afrikanischen Armeen und die einheimische Zivilbevölkerung überrannten. Überlegene militärische Technologie diente als Beweis für die europäische Überlegenheit in allen Belangen.

Rassismus war integraler Bestandteil des Kolonialismus in Afrika. Afrika wurde zur „Bürde des weißen Mannes", die koloniale Aneignung als geradezu göttlicher Auftrag sanktioniert, der der „Zivilisierung" und „geistigen Erhöhung" der „Eingeborenen" dienen sollte.

Beschränkte Unabhängigkeit

Trotz einiger nationaler Unterschiede in der Art und Weise, wie die Kolonialmächte die „Zivilisierungsmission" angingen, etablierten sie durchweg Kolonialsysteme, die paternalistisch und rassistisch waren. In den Kolonialsystemen war es den AfrikanerInnen nicht erlaubt, ihre politischen und ökonomischen Ziele in Handeln umzusetzen. Die kolonialen Verwaltungen maßen sich an, die Bedürfnisse der Kolonisierten zu kennen und zu wissen, was gut für sie sei. Kolonialismus wurde als ordnendes System im afrikanischen „Chaos" präsentiert.

Die koloniale Ideologie rechtfertigte die militärische Besetzung weiter Gebiete, aber auch die wirtschaftliche Ausbeutung des Kontinents. Diese vor allem ist es, die auch Jahrzehnte nach der Dekolonisation der meisten ehemaligen Kolonien viele von neokolonialen Verhältnissen sprechen lässt. Nicht zuletzt aufgrund des erbitterten Widerstands, den AfrikanerInnen von Beginn an gegen die gewaltsame Aneignung leisteten, setzte schließlich zur Mitte des 20. Jahrhunderts ein Prozess der Dekolonisation ein, der auch den afrikanischen Staaten die formale Unabhängigkeit brachte.

Dass diese Unabhängigkeit eingeschränkt ist durch politische Bevormundung, wirtschaftliche Benachteiligung und gelegentliche militärische Intervention durch ehemalige europäische Kolonialmächte oder die USA, wird häufig mit dem Begriff des Neokolonialismus beschrieben. Die asymmetrischen Machtverhältnisse des Kolonialismus bestehen fort, die ehemaligen Kolonien sind zu Interessengebieten geworden.

Vor allem die wirtschaftliche Ausbeutung schreibt koloniale Verhältnisse fort. Die europäischen Länder, die USA und neuerdings China sind bestrebt, sich die Kontrolle über Ressourcen, Finanz- und Warenmärkte der ehemaligen Kolonien zu sichern. Die rassistische Ideologie des Kolonialismus wird fortgeschrieben in einem Diskurs, der von „Unterentwicklung" der afrikanischen Länder spricht und nach wie vor definiert und vorschreibt, wie Entwicklung und Fortschritt auszusehen haben.

Marianne Bechhaus-Gerst ist Professorin am Institut für Afrikanistik der Universität Köln und Initiatorin von Köln Postkolonial.

1 Jürgen Osterhammel: Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen. Verlag C.H. Beck, München 2009[6].

Jacob Emmanuel Mabe

Das Unrecht erinnern

Der moderne Diskurs über den Kolonialismus in Afrika

Die Erinnerung an die Gräuel und das Unrecht der Kolonialzeit haben sich tief ins Gedächtnis der AfrikanerInnen eingegraben. Doch trotz einer langen Geschichte des Widerstands ist die Frage nach den Folgen des Kolonialismus in Afrika bis heute umstritten. In der Auseinandersetzung unter afrikanischen Intellektuellen lassen sich heute drei Positionen unterscheiden: die der Optimisten, der Pessimisten und der Neutralisten. Ihnen ist gemein, dass sie den Kolonialismus nicht isoliert vom Sklavenhandel betrachten.

Millionen AfrikanerInnen fielen dem Sklavenhandel zum Opfer. Erst als die massive Zwangsdeportation in der Folge der Unabhängigkeit Amerikas nicht mehr den wirtschaftlichen Interessen Europas entsprach, bereiteten die Europäer diesem ein Ende – und orientierten sich wieder verstärkt nach Afrika, um sich den gesamten Kontinent untertan zu machen und seine BewohnerInnen zu unterwerfen.

Aus afrikanischer Sicht unterschied sich der Kolonialismus von der Herrschaftsideologie her kaum vom Sklavenhandel. In beiden Fällen waren die Europäer Täter, die nach Afrika kamen, um Menschen zu versklaven, zu töten, aus ihrer Heimat zu vertreiben oder ihnen das Land zu nehmen. Die unwürdigen Misshandlungen und Demütigungen der Kolonialzeit prägen die Erinnerungen der AfrikanerInnen und haben sich tief in ihr Gedächtnis eingegraben. Unvergesslich ist die Art und Weise, wie AfrikanerInnen enteignet und zu Zwangsarbeitern auf fremden Plantagen im eigenen Land degradiert wurden und ihnen jegliches Recht

So wie der Kolonialismus hat sich auch die Sklaverei tief in das Gedächtnis der AfrikanerInnen eingegraben: „Tür ohne Wiederkehr" im ehemaligen Sklavenhändlerhaus auf der Île de Gorée vor Dakar Foto: R.Maro/version

auf individuelle Freiheit sowie kollektive Selbstbestimmung abgesprochen wurde.

Formen des Antikolonialismus

Die völkerrechtliche Legitimation des Kolonialismus erfolgte 1884/85 auf der Berliner Konferenz durch die Aufteilung Afrikas. Dabei machten die Kolonialmächte ihre Territorialansprüche geltend, indem sie ihre Souveränitätsrechte auf ihre jeweiligen Kolonien durch vertragliche Vereinbarungen ausweiteten.

Doch die AfrikanerInnen unterwarfen sich der Okkupation nicht passiv. Es gab bewaffneten Widerstand, und in der amerikanischen Diaspora entstand das „Back to Africa Movement", das in der Gründung der Republik Liberia 1879 durch die ersten Rückkehrer aus Amerika kulminierte.

Der weitere Widerstand wurde durch die panafrikanische Ideologie systematisiert. Der Begriff „Panafrikanismus" verbindet sich mit dem Anwalt Henry Sylvester aus Trinidad, der 1897 die „African Association" gründete, um die in Großbritannien lebenden Afrikaner rechtlich zu beraten und zu unterstützen.

Seine Tätigkeit als Berater von offiziellen Delegationen aus Afrika zu allgemeinen kolonialen Rechtsfragen bei der britischen Krone verhalf ihm zur Einsicht in das eigentliche Wesen des Kolonialismus, nämlich der illegalen Landenteignung und Menschenrechtsberaubung. Daraufhin berief er 1900 die „panafrikanische Konferenz" ein, deren Ziel darin bestand, Maßnahmen insbesondere zum Schutz des Bodeneigentums zu ergreifen. Diese Konferenz löste erstmals eine internationale Solidarität zur Förderung der kulturellen und politischen Emanzipation und Einheit aller „schwarzen" Völker aus. Nach dem 1. Weltkrieg fand 1919 – parallel zur Konferenz der Siegermächte in Versailles – in Paris der erste panafrikanische Kongress statt, auf dessen Tagesordnung das Schicksal Afrikas stand.

An die panafrikanische Idee der Freiheit und Einheit aller Völker Afrikas knüpfte das Konzept der Negritude an, das in Frankreich in den 1930er Jahren entstand. Sein Ziel war, das Selbstbewusstsein der Schwarzen trotz Diskriminierung, Unterdrückung und Demütigung insbesondere in Europa zu stärken. Hat der Martinikaner Aimé Césaire das Wort Negritude kreiert, so war es der Senegalese Léopold Sédar Senghor, der ihm theoretische Bedeutung verlieh. Mit ihrer Konzeptualisierung der Rassenfrage nahmen die beiden Poeten fast alle späteren philosophischen Überlegungen über Kolonialismus und Neokolonialismus vorweg. Sie schufen eine intellektuelle Plattform, um die Debatten unter Schwarzen über den Kolonialismus weltweit zu fördern.

Mit der Negritude wurde der Kolonialismus zum ersten Mal auch als ein rassistisches Phänomen aufgefasst. Wenn sich die Intellektuellen der afrikanischen Moderne mit dem Kolonialismus auseinandersetzen, geht es ihnen auch darum, die seit jener Zeit entstandene Ideologie der schonungslosen und skrupellosen Ausbeutung der natürlichen und menschlichen Ressourcen Afrikas nicht nur historisch, sondern auch im Kontext des gegenwärtigen Denkens begreiflich zu machen.

Der intellektuelle Diskurs der Moderne setzt sich allerdings nicht nur mit dieser Frage der Unrechtsethik, sondern auch mit der Plantagenökonomie auseinander. Letztere wurde damals gefördert, um die langfristige Versorgung der Kolonialmetropolen Europas mit Agrarprodukten zu sichern. Die Außenwirtschaft der vor circa 50 Jahren souverän gewordenen Staaten ist davon größtenteils bis heute abhängig.

Die afrikanischen Intellektuellen widmen sich der kolonialen Frage mit sehr differenzierten Positionen. Diese Debatten finden

zwischen Optimisten, Pessimisten und Neooptimisten oder Neutralisten statt:

Die wichtigsten Positionen der afrikanischen Debatte

1. Die Optimisten setzen sich zwar für eine sachliche Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit ein. Doch sie fordern eine einseitige Aussöhnung Afrikas mit dem Westen durch kulturellen Dialog sowie durch wirtschaftliche Kooperation und warnen davor, europäische Modelle zu verteufeln und den europäischen Kolonialismus allein für alle Fehlentwicklungen in Afrika verantwortlich zu machen. Als Europafreundliche (Europhile) sehen die Optimisten keine Alternative für den kulturellen, ökonomischen und technischen Fortschritt Afrikas, als sich durch Aneignung von dessen Werten an den Westen zu binden. Sie plädieren für eine Entwicklungspolitik, die nicht nur ein „besseres" Afrika aufbauen helfen soll, sondern auch die Wiedergutmachung sowie die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Völkern beider Kontinente fördert. Den Optimisten wird oft vorgeworfen, das koloniale Unrechtssystem mit opportunistischen Argumenten herunterzuspielen.

2. Die Pessimisten führen sämtliche Entwicklungsblockaden in Afrika auf den Kolonialismus zurück. Sie sind dezidierte Gegner der Anpassung Afrikas an das westliche Wirtschafts-, Sozial- und Bildungssystem, das den afrikanischen Kontinent in die kulturelle, politische und ökonomische Krise getrieben habe. Sie glauben, dass der Westen Afrika bewusst von sich abhängig macht, um seine Eliten geistig, politisch und finanziell dauerhaft manipulieren zu können. Als Beweis dafür nennen sie die Entwicklungspolitik, die nur die Kluft zwischen Afrika und dem Westen vertiefe, statt zur Angleichung der Lebensverhältnisse beizutragen.

Eine eigenständige Entwicklung Afrikas ist aus Sicht der Pessimisten nur durch Distanzierung von westlichen Ideologien bei gleichzeitiger Rückbesinnung auf die afrikanischen Wurzeln möglich.

3. Die Neutralisten, auch Neooptimisten genannt, haben zwar auch schmerzliche Erinnerungen an den Kolonialismus, halten ihn jedoch für verzeihlich. Eine Versöhnung mit Europa ist aus ihrer Sicht nur auf der Grundlage des Dialogs sowie einer gleichberechtigten Partnerschaft und Kooperation möglich. Indem Europäer und Afrikaner an gemeinsamen und zukunftsfähigen Projekten arbeiten, können sie eurozentristische und afrozentrische Theorien überwinden, die kaum dazu beitragen könnten, das Wesen des Kolonialismus adäquat zu untersuchen, geschweige denn dessen Dimension in Afrika sowie dessen Wahrnehmung in Europa begreiflich zu machen.

Die Neutralisten plädieren dafür, die Schattierungen des Kolonialismus aus afrikanischer und europäischer Perspektive neu zu untersuchen, um Menschen in allen Kontinenten über das koloniale Unrecht objektiv zu informieren. Die Neutralisten gelten als Neooptimisten, weil sie an die verantwortlichen Europäer appellieren, Konsequenzen für ihr bisheriges „stures" und „arrogantes" Selbstbewusstsein zu ziehen und den Kolonialismus endlich als einen wesentlichen Bestandteil ihrer Geschichte anzunehmen. Sie sollten lernen, Verantwortung nicht als Anerkennung der Schuld an den heutigen Miseren Afrikas, sondern vielmehr für eine Geschichte zu übernehmen, die viele Schatten auf ihre Vergangenheit wirft.

Jacob Emmanuel Mabe ist Privatdozent für interkulturelle Philosophie am Institut für Philosophie der TU Berlin sowie Gastwissenschaftler am Frankreich-Zentrum der FU Berlin.

Peter Ripken

Das Alte ist gestürzt

Kolonialismus war einst ein wichtiges Thema für afrikanische Schriftsteller – doch heute gibt es „neue Geschichten zu erzählen"

Zentrale Werke der literarischen Moderne Afrikas setzen sich mit dem Erbe des Kolonialismus auseinander. Für die „Generation nach der Dekolonisation" hat dieser als Thema jedoch an Bedeutung verloren. Die Konfliktlinien der gesellschaftlichen Auseinandersetzung haben sich ausdifferenziert und verlaufen längst nicht mehr nur zwischen Schwarz und Weiß.

Im populistischen Diskurs vieler Afrikaner, besonders derjenigen, die lange in Europa leben, ist die Sache klar: Die Übel Afrikas heute sind Resultat des Kolonialismus und seiner raffinierteren Form, dem Neokolonialismus; die meisten Europäer sind ohnehin Rassisten.

Auf derlei simple Schuldzuschreibungen für die Fehlentwicklungen Afrikas der letzten 50 Jahre haben sich die Autoren und Intellektuellen des Kontinents nie eingelassen. Schon mit dem ersten großen Roman der afrikanischen Moderne, dem legendären „Things fall apart" (dt. „Okonkwo oder das Alte stürzt", Suhrkamp) hat der Nigerianer Chinua Achebe 1958 einen Meilenstein der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus gesetzt. Es geht um den Zusammenprall epochaler Kräfte, um die Zerstörung traditioneller Gesellschaften durch Mission und Kolonialismus. Doch von Schuldzuweisungen ist bei Achebe nicht die Rede, er zeigt eher, dass in seiner Gesellschaft durchaus auch Faktoren und Strukturen existieren, die das Vordringen des Kolonialismus begünstigen.

Leichter machten es sich da schon Zeitgenossen von Achebe wie Mongo Beti, der sich in „Der arme Christ von Bomba" (Peter Hammer Verlag) über die eher skurrilen Seiten der Vertreter des Kolonialismus lustig machen konnte, was freilich nicht ohne satirische Bissigkeit abging. Ohnehin hat sich der Kameruner Beti Zeit seines Lebens an der Kolonialmacht Frankreich abgearbeitet, nicht zuletzt in seiner grandiosen Zeitschrift „Peuples Noirs – Peuples Africains", die von 1978 bis 1991 erschien und in ihrer ironischen und auf genaue Sprache achtenden Unerbittlichkeit nur mit der „Fackel" von Karl Kraus verglichen werden kann.

Überzeugender freilich sind Romane wie der der Simbabwerin Tsitsi Dangarembga „Der Preis der Freiheit" (Rowohlt 1991), in dem auf feinfühlige und mitunter deutliche Weise erzählt wird, was das koloniale Bildungssystem im Rhodesien der 50er Jahre für die junge Tambu bedeutet hat, gerade weil die Autorin auf die grellen Elemente verzichtet hat, die sich bei dem Thema angeboten hätten.

Der Wind der Unabhängigkeiten

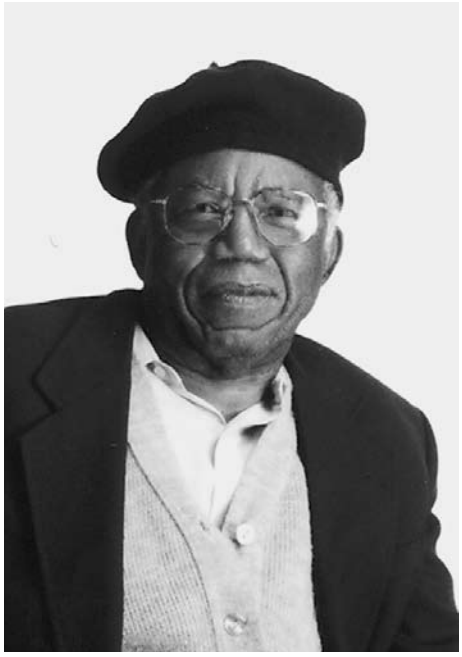
Die geistige Entkolonialisierung war freilich spätestens nach dem großen „Wind der Unabhängigkeiten" angesagt, der ab 1960 über fast alle afrikanischen Staaten hinwegging. Zwar hat der Kongolese Emmanuel Dongala, auch er einer der kritischen Autoren des neuen Afrika, darauf aufmerksam gemacht, dass es zur Zeit der Kolonisation gewissermaßen ein einheitliches Afrika gab, dass aber danach eine große Welle der nationalen Differenzierungen einsetzte, dass also die meisten Autoren Afrikas sich mit den Problemen der je eigenen Regierung, des eigenen Systems auseinandersetzten.

Eine ganze Reihe von Romanen widerspiegelten freilich die Ernüchterung, die Enttäuschung über die Unzulänglichkeiten der nationalen Unabhängigkeit und konnten dabei auch eher allgemeine Feststellungen treffen – auch wenn die Geschichte jeweils national verwurzelt war. Ahmadou Kourouma mit seinem legendären kritischen Roman „Le Soleil des Indépendances" (dt. „Der letzte Fürst", Peter Hammer), der Ende der 60er Jahre nicht in Frankreich erscheinen konnte, weil er auch mit der neokolonialen Macht Frankreich ins Gericht ging, ist nur ein Beispiel. Auch Chinua Achebe, zum Beispiel mit „No Longer at Ease" (dt. Heimkehr in ein fremdes Land, Suhrkamp) setzte wieder ein Exempel für diese Art der literarischen Auseinandersetzung mit den neuen Wirklichkeiten, die viele Afrikaner verbitterte, ohne dass sie nun so recht wussten, wie sie damit umgehen sollten.

Gewissermaßen im nostalgischen Rückblick hat der südafrikanische Autor Zakes Mda die literarische Großwetterlage in Afrika so beschrieben: „Über die Vergangenheit lässt sich ziemlich einfach schreiben, da die Vergangenheit klare Geschichten aufweist. Da gab es eine klare Grenze zwischen Gut und Böse, Schwarz war gut, Weiß war böse, die Konflikte waren klar." Mda strafte sich freilich beinahe selbst Lügen, weil sein Roman „Die Madonna von Excelsior" (Unionsverlag) über eine symptomatische Konstellation zwischen Weiß und Schwarz im Südafrika der Apartheid – also einer besonderen Form des „inneren Kolonialismus" – alles andere als nur von gut und böse erzählt.

Jenseits der kolonialen Konstellationen

Was bei Mda bezogen auf Südafrika festgehalten wurde, galt freilich auch für andere Länder Afrikas, in denen sich allmählich seit den 60er Jahren so etwas herausbildete, was Literaturwissenschaftler „Nationalliteraturen" zu nennen belieben. Die senegalesische Erfolgsautorin Fatou Diome („Der Bauch des Ozeans", Diogenes Verlag) formuliert das historische Erbe, das der Literatur aufgebürdet wurde, mit einem eigenen Programm: „Seit den Unabhängigkeiten gibt es keinerlei Anlass mehr, den Kolonialherren als einziges Ziel der Kritik zu nehmen. Wir haben mehr thematische Freiheiten; ich schreibe zum Beispiel lieber über die Migration. Wichtiger ist, dass wir eine ästhetische Form finden, die überzeugend ist. Da hat es leider in Afrika viel zu wenig Auseinandersetzung über ästhetische Aspekte gegeben über das, was wir zu erzählen haben." Thematisch interessanter als mit einer Kritik an der Fortdauer kolonialer und neokolonialer Präsenz Frankreichs in ihrer Heimat Senegal, wie sie andere formulieren, ist sie mit ihrem Erfolgsroman und einem neuen Thema allemal: da setzt sie sich auseinander mit dem Traum vieler junger afrikanischer Männer, in Europa als Fußballer ganz groß herauszukommen.



Chinua Achebe
Foto: Archiv

Abdourahman Waberi, Verfasser durchaus skurriler Erzählungen aus Djibouti („Legende von der Nomadensonne", Marino), hat das neue Phänomen der Autorinnen und Autoren Afrikas, die auf dem Kontinent selbst, aber oft auch in Frankreich oder England leben, als „Bastard-Generation" bezeichnet, die eine neue literarische Heimat jenseits kolonialer oder neokolonialer Konstellationen gefunden haben. Diese „Generation nach der Dekolonisation" findet ihre eigenen neuen Themen: Aids, Migration, Frauenrechte, der Platz in einer neuen Gesellschaft in Europa, aber auch einfach Geschichten von einfachen Menschen, von Liebe. Waberi selbst kehrt das alte Thema der Kolonisation ironisch um: In seinem Roman „In den Vereinigten Staaten von Afrika" (Edition Nautilus 2008) erscheint der alte Kontinent Europa als Gegenbild zu dem Bild, das Europa seit Langem von Afrika zeichnet, sind es Europäer, die in Afrika Zuflucht suchen.

Es wäre freilich vermessen, wenn man postulierte, das Thema Kolonialismus sei für Afrikaner erledigt, man könne zur Tagesordnung der derzeitigen ökonomischen Krisen übergehen. Ein Autor, den das Thema der kolonialen Vergangenheit nicht so recht loslässt, ist Tierno Monénembo aus Guinea, der seit vielen Jahren in Frankreich lebt. Schon in seinem Roman „Peuls" (Seuil, Paris 2004), der leider noch nicht ins Deutsche übersetzt ist, zeichnet der Autor ein großes Porträt eines westafrikanischen Volkes jenseits von Kolonialisierung. Tiefer in die koloniale Vergangenheit Westafrikas geht Monénembo mit seinem gleichfalls noch nicht übersetzten Roman „Le Roi de Kahel" (Seuil, Paris 2008), für den er den renommierten Prix Renaudot erhielt. Protagonist ist Aimé Olivier de Sanderval, ein französischer Entdecker, der im 19. Jahrhundert Westafrika bereiste und – in einer ironischen Umkehrung alter Bilder von dem, was Kolonialisten eigentlich ausmachte – von den Peuls zu einer Art König ernannt wurde. Monénembo, der weit von einer Verherrlichung des französischen Kolonialismus in Afrika entfernt ist, hat bekannt, dass er von dieser historischen Figur einfach fasziniert war, sodass er sie zum Protagonisten eines Romans machte, weil er die alten Feindbilder eher weniger überzeugend fand.

Es ist eindeutig: Überreste des Kolonialismus prägen auch heute die Menschen Afrikas, die einen Weg in die Zukunft suchen. Aber der Altvater der afrikanischen Literatur, Chinua Achebe, prophezeit neue Zeiten: „Wir haben gerade erst angefangen, und wir haben eine neue Geschichte zu erzählen. Die Zeit des Schweigens ist vorbei."

Peter Ripken war von 1987 bis 2007 Leiter der Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika, einer nicht-kommerziellen literarischen Agentur, die eng mit der Frankfurter Buchmesse zusammenarbeitet. Er betreut zurzeit unter anderem das Internationale Zentrum der Frankfurter Buchmesse.

David Simo

Hartnäckiges Erbe

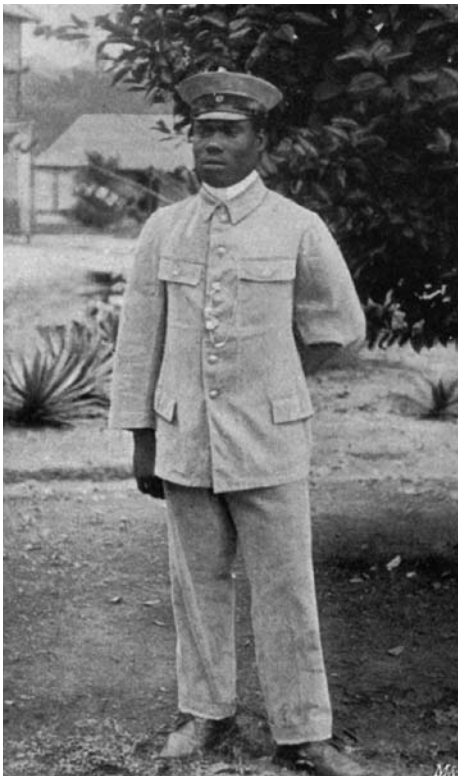
Wie koloniale Strukturen Kamerun bis heute prägen und Probleme bereiten

Das Erbe der Kolonialzeit ist in Kamerun allgegenwärtig: angefangen vom Namen des Landes und seinen Grenzen, über die Verwaltungsstrukturen bis hin zu Wirtschaft, Politik und Sprache. Viele Aspekte dieses Erbes erweisen sich heute als Belastung für eine positive Entwicklung des Landes. So haben sich etwa die gezielt von den Kolonialherren eingesetzten korrupten Eliten bis heute ihren Einfluss bewahrt. Und die willkürliche Festlegung der Staatsgrenzen birgt weiterhin vielfältiges Konfliktpotenzial. Eine Bestandsaufnahme.

Schon am Namen Kamerun wird deutlich, dass das Land eine europäische Kreation ist. Er wurde aus dem portugiesischen Wort „Camerões" (Krabben) abgeleitet. Bei ihrer Umsegelung Afrikas kamen die Portugiesen im 15. Jahrhundert in den Golf von Guinea und „entdeckten" die Mündung eines Flusses, den sie „Rio dos Camerões" nannten, weil er voller Krabben war. In der kamerunischen Sprache der Douala heißt der Fluss Wouri. Aber die Europäer behielten die portugiesische Bezeichnung bei. Aus der Bezeichnung des Flusses wurde zunächst der Name für die Stadt, die an der Mündung des Flusses lag, und dann die Bezeichnung für das ganze Territorium, das die Deutschen – den Bestimmungen der Berliner Afrikakonferenz entsprechend – 1885 als eigenes Schutzgebiet reklamierten.

Der Fluss und die Stadt, Douala, haben ihren ursprünglichen afrikanischen Namen zurückbekommen, nicht aber der Staat. Für ihn gab es und gibt es keine afrikanische Bezeichnung, denn er existierte nicht, bevor die Deutschen ihn durch Grenzverträge mit Engländern und Franzosen aus dem Nichts schufen. Bei dem Grenzkonflikt, der vor ein paar Jahren zwischen Kamerun und Nigeria ausbrach und zu kriegerischen Auseinandersetzungen führte, bezog sich der Internationale Gerichtshof in Den Haag, der die Schlichtung übernahm, auf deutsche und englische Dokumente und Karten.

Viele Bevölkerungsgruppen wurden durch die kolonialen Grenzen in verschiedene Länder verteilt und mussten lernen, mit neuen Landsleuten zu leben und Verwandte in den Nachbarländern als Ausländer zu betrachten. Massas, Toupouris und Saras findet man beispielsweise sowohl in Kamerun als auch im Tschad und sogar in der Zentralafrikanischen Republik. Die Fang findet man nicht nur in Kamerun, sondern auch in Gabun und im Kongo. Das Gebilde, das Kamerun heißt und das seit über hundert Jahren den staatlichen Rahmen abgibt, in dem Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft organisiert werden, ist also ein koloniales Produkt. Und diese Herkunft hat nicht nur Spuren hinterlassen, sondern prägt das Leben bis heute entscheidend.



Aus dem Missionarsschüler Karl Atangana machte die deutsche Kolonialverwaltung Kameruns 1913 den Oberhäuptling der Jaunde und Bane, ein Amt das bis dahin gar nicht existiert hatte
Foto: Wikimedia/Commons

Politik und Verwaltung als Herrschaftsinstrumente

Gerade in der Politik und der Verwaltung ist die Auswirkung der kolonialen Zeit am gravierendsten, auch wenn wenig darüber gesprochen wird. Zur Absicherung ihrer Macht hatten die Kolonialherren – ob Deutsche, Engländer oder Franzosen – das Territorium straff organisiert und dabei alle bis dahin funktionierenden Dynamiken, Netzverbindungen und Herrschaftskonstitutionsmodi zerstört. Alle Gewalt, militärische, politische und administrative, wurde in der Hauptstadt konzentriert. Und diese wurde allein nach dem Kriterium der Sicherheit ausgewählt. So wurde Yaoundé die Hauptstadt, weil die Bevölkerung in dieser Region den Deutschen und später den Franzosen wohlgesonnen war und nicht so renitent wie die Douala oder Bakweri. Alle Bevölkerungsgruppen mussten sich auf dieses neue Zentrum einstellen. Die starke Zentralisierung ist bis heute geblieben. Alles geht von Yaoundé aus und nur von dort kann jede Gruppe ihre lokalen Interessen ausdrücken und durchsetzen.

Die verschiedenen kolonialen Machthaber versuchten andererseits, ihre Macht dadurch überall im Lande zu festigen, dass sie existierende politische Systeme – die oft stark von Gruppe zu Gruppe variierten – vereinheitlichten und in ihren Dienst stellten. Bei den Bamileke und den anderen Königreichen der westlichen Grassfield-Region sowie bei den Gruppen im Norden des Landes, die eine komplex strukturierte Administrations- und Herrschaftsstruktur hatten, wurden die Führungsschichten zu Ausführungsgehilfen der neuen Kolonialmacht gemacht. Dabei wurden oft Clanführer administrativ aufgewertet, gefügige Häuptlinge mit größerer Macht ausgestattet und Widerständige durch Usurpatoren ersetzt. Bei den sogenannten azephalen Völkern (Gruppen, die ohne Anführer oder Herrscher auskamen; zeph = Kopf) wie den Betis im Süden, die mehr oder weniger demokratisch organisiert waren, wurde das System der Häuptlinge durchgesetzt.

Korrumpierung der Eliten

Das typische Beispiel dafür ist Karl Atangana. Auf Veranlassung des deutschen Offiziers Hans Dominik wurde er zu den Pallotiner-Missionaren nach Kribi geschickt, wo er ab 1885 erzogen wurde. Ab 1900 arbeitete er für die deutsche Kolonialverwaltung zunächst als Dolmetscher, dann als Gehilfe im Rahmen der Besteuerung der Bevölkerung. Später wurde er zum Leiter des Ewondo-Bane-Obergerichts ernannt und 1913 zum „Oberhäuptling der Jaunde (Ewondo) und Bane" – eine Stelle, die traditionell nicht existierte. In der französischen Kolonialzeit

Aus dem portugiesischen Wort für Krabben, *camaroes,* entstand der heutige Name des Landes: Kamerun Foto: Wikimedia/Commons

wurde er zunächst argwöhnisch als Freund der Deutschen behandelt, bis die Franzosen merkten, dass er der Prototyp des kooperationswilligen Mittelsmanns war und ihn wieder als Oberhäuptling einsetzten. Diesen Titel gibt es bis heute und er wird von seinen Nachkömmlingen bekleidet.

Die so neu zusammengesetzte und abhängig gemachte Führungsschicht entwickelte eine sehr perverse und ambivalente Beziehung zur Bevölkerung. Einerseits sind ihre Mitglieder kraft ihres Amtes verantwortlich für das Wohl der ihnen Unterstellten, Bewahrer der Tradition und Garant für die Kontinuität ihrer Gruppe. Andererseits sind sie Befehlsempfänger und Ausführungsgehilfe des Staates. Als solche müssen sie oft die Interessen und Belange ihres Dorfes oder Königreichs preisgeben und geraten dadurch in ein Spannungsverhältnis zu Ihrer Bevölkerung.

Daran hat sich bis heute nicht viel geändert. Auch die neue administrative und politische Elite hat ihren Habitus weitgehend nach diesem Modell entwickelt. Macht, Befugnisse und Pfründe erhält man in Yaoundé – und zwar von der Regierung. Diese Macht inszeniert man vor einer Bevölkerung, von der erwartet wird, dass sie sich fügt und gehorcht.

Dieses Kolonialmuster prägt die ganze politische Kultur im Lande. Abgeordnete und andere Mandatsträger fühlen sich eher der Zentralmacht loyal und verpflichtet als der Bevölkerung, in deren Namen sie angeblich sprechen. Um bei Wahlen einen Listenplatz zu erringen, müssen sie durch die Parteizentrale in Yaoundé kooptiert und durch die Administration zugelassen werden. Und die Ergebnisse der Wahl hängen kaum von der Popularität ab, die man genießt, sondern von den guten Beziehungen, die man in Yaoundé hat; denn Wahlergebnisse werden manipuliert.

Die Regierung erwartet von der Bevölkerung, dass sie sich artig zeigt. Nur so wird sie durch Straßenbau, Schulgründungen und andere Einrichtungen belohnt. Diejenigen, die „falsch" wählen, den Präsidenten nicht laut genug huldigen und sich kritisch verhalten, werden bestraft. Man lässt bei ihnen alles herunterkommen, bis sie sich gefügig zeigen. Öffentliche Gelder werden verwendet, um den Klientelismus zu pflegen. In diesem Kontext ist eine demokratische Kultur, in der die Legitimität allein vom Volk ausgeht, schwer zu etablieren.

Koloniales Erbe in Wirtschaft und Sprache

Auch die Wirtschaft hat ihre koloniale Außenorientierung nie ganz überwunden. Sie baut weiterhin auf die Exportprodukte wie Kaffee, Kakao, Baumwolle, Holz und Mineralien. Entsprechend sind Transportwege, ob Straßen, Eisenbahn oder Fluglinien, in Richtung der großen Hafenstadt Douala orientiert. Die Verbindungen zwischen den verschiedenen Regionen bleiben unterentwickelt. Die Währung ist weiterhin der durch die Franzosen eingeführte CFA-Franc, der zunächst an den französischen Franc gebunden war und bis heute an den Euro gekoppelt ist. Eine eigene Währungspolitik ist so nicht möglich. Einheimische Firmen werden systematisch zugunsten von ausländischen Firmen benachteiligt, da diese höhere Bestechungsgelder bezahlen können.

Kamerun verfügt über zwei Erziehungssysteme, das französische und das englische, und die entsprechenden Ausbildungssprachen sind Französisch und Englisch. Die Elite wird in mancher Hinsicht geistig nach einem fremden Modell ausgebildet, was zu einer weitgehenden Entkoppelung von Zielen und Prioritäten der Ausbildung von den Problemen des Landes führt. Die Tatsache, dass Französisch und Englisch nicht nur Ausbildungssprachen, sondern auch offizielle Sprachen geblieben sind, rührt auch daher, dass die zusammengeführten Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Sprachen sprechen. Und eine Wahl zwischen den über 180 Sprachen, die im Land gesprochen werden, erweist sich als praktisch unmöglich. Neuerdings gibt es Spannungen zwischen den Frankophonen und den Anglophonen, die das Zusammenleben der verschiedenen Gruppen noch schwieriger macht. Das Erbe des Kolonialismus in Kamerun ist hartnäckig und noch lange nicht überwunden.

David Simo ist Professor für Germanistik und leitet das Philologische Institut der Universität von Yaoundé.

Henning Melber

Reichskriegsflaggen und „Fette Katzen“

Eindrücke aus dem postkolonialen Namibia

Namibia wurde 1990 als bislang letztes afrikanisches Land in die Unabhängigkeit entlassen. Nach der deutschen Kolonialherrschaft und der Besatzung durch das südafrikanische Apartheidregime knüpfte die arme schwarze Bevölkerungsmehrheit große Hoffnungen an die Machtübernahme der ehemaligen Befreiungsbewegung SWAPO bei den ersten demokratischen Wahlen. Doch auch wenn sie an Einfluss verlieren, haben die Deutschstämmigen immer noch den höchsten Lebensstandard aller Bevölkerungsgruppen. Und die neue schwarze Elite kümmert sich vor allem um ihr eigenes Wohl.

Namibia-Reisende, die Spuren deutscher Kolonialherrschaft erkunden möchten, kommen auch fast ein Jahrhundert nach dem Ende „Deutsch-Südwestafrikas“ auf ihre Kosten. Doch allmählich verschiebt sich einiges, sogar im wörtlichen Sinne. So muss mit dem Reiterdenkmal, das einen Schutztruppler zu Pferde abbildet, die symbolträchtigste Hinterlassenschaft des deutschen Kolonialismus in der Hauptstadt Windhoek den neuen Wirklichkeiten weichen. Ende Juli wurde mit dem Bau eines Unabhängigkeitsmuseums an dessen Stelle begonnen. Binnen Wochen muss das Denkmal versetzt werden, so es erhalten bleiben soll.

Bereits viele der Straßennamen sind inzwischen der neuen politischen Dominanzkultur gewichen. Allerorts gibt es nun eine Sam-Nujoma-Allee – benannt nach dem langjährigen Vorsitzenden der Befreiungsbewegung SWAPO und erstem Präsident von Namibia – und auch viele andere inwie ausländische „comrades“ wurden bereits zu Lebzeiten so verewigt. Die Robert-Mugabe-Allee zweigt von der Nelson-Mandela-Allee ab und begrenzt ebenso ein paar Kilometer später das Areal des neuen Staatshausgeländes wie die Laurent-Desiree-Kabila-Straße. Diesbezüglich hat die nachkoloniale Realität schon längst öffentlichen Raum ergriffen. Straßenumbenennungen sind wohl aber auch eine der leichtesten Übungen und haben mit politischer Emanzipation und sozialstrukturellen Änderungen wenig zu tun.

Die Lage der Deutschstämmigen

Kolonialnostalgiker kommen trotz einiger Einschränkungen bislang weiterhin auf ihre Kosten. Ein örtlicher „Glanz und Gloria“ Verlag publiziert wie die Wissenschaftliche Gesellschaft und ein Namibiana Verlag mit Sitz in Deutschland ziemlich ungehemmt Memoiren, Tagebücher und andere Erinnerungen deutscher „Pionierleistungen“. Die Reichskriegsflagge ziert in Souvenirgeschäften diverse Tassen, Teller und Aschenbecher. Auch T-Shirts und Aufkleber wenden sich gelegentlich an die ewiggestrige Kundschaft aus Übersee.

Auch ohne solchen Erinnerungskommerz lassen sich Reste deutschen Einflusses erkennen. Die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt hat ein deutsches Hörfunkprogramm und neuerdings auch zweimal wöchentlich heimische Fernsehnachrichten auf Deutsch. Die meisten Deutschsprachigen ziehen allerdings „Deukom“ (das per Satellit deutsche Fernsehprogramme ins Haus strahlt) dem lokalen Informationsangebot vor. Was Heimatgefühl und -verbundenheit ist, lässt sich angesichts solcher Kontraste schwer sagen. In der deutschsprachigen „Allgemeinen Zeitung“ machen sich durch seitenlange Leserbriefzuschriften zunehmend die Touristen aus Deutschland breit, die glauben, dank Internetzugriff aus Übersee ihren Senf zur namibischen Politik geben zu müssen.

Schlecht geht es den Deutschstämmigen Namibias – trotz der „Mängelliste“, die von den deutschsprachigen Urlaubern mehr noch als von ihnen selbst moniert wird –

Steht weiterhin an prominenter Stelle in Namibias Hauptstadt Windhoek, das Reiterdenkmal mit deutschem „Schutztruppler“ Foto: Armin Massing

auch nach fast zwanzig Jahren Unabhängigkeit keinesfalls. Zwar lässt der Mangel an zuverlässigen empirischen Daten zu Besitz- und Eigentumsverhältnissen keine gesicherte Klassenanalyse zu. Aber die Erhebungen der Nationalen Planungskommission zur Einkommensverteilung im Lande lassen keinen Zweifel: Die Deutschsprachigen haben den höchsten Lebensstandard aller Bevölkerungsgruppen. Fast könnte man meinen, es herrsche „business as usual".

Doch viele Nachfahren deutscher Einwanderer leben inzwischen andernorts. Das „Südwesterlied" („und sollte man uns fragen, was hält uns denn hier fest, wir könnten nur sagen, wir lieben Südwest") hat seinen patriotischen Glanz eingebüßt. Farmer übergeben immer öfter die Scholle in andere Hände als die der eigenen Nachkommen. Auch im mittleren und höheren Management der (eher schmalbrüstigen) Privatindustrie und mehr noch im höheren Staatsdienst gehört die Zukunft anderen.

Klientelismus und Bereicherung

Die Erfolgreichsten jener, die von der positiven Diskriminierung im neuen Staat profitierten, heißen im Volksmund „fat cats" – und sind keinesfalls weißer Hautfarbe. Sie sind die eigentlichen Nutznießer einer Dekolonisierung, die am sozialökonomischen Status quo strukturell relativ wenig verändert hat. Noch immer gehört Namibia zu den Ländern mit den weltweit größten Einkommensunterschieden. Die Zeche bezahlte bislang die Mehrheit der einst Kolonisierten, denen es nach wie vor nicht viel besser geht. Wie ein beim lokalen Büro der UNDP beschäftigter Ökonom unlängst begründete, hat inzwischen die Armut trotz einer quantitativen statistischen Reduzierung qualitativ eher zu- als abgenommen.

Frantz Fanon hatte bereits in dem Kapitel über die Missgeschicke des nationalen Bewusstseins in seinem bahnbrechenden Werk „Die Verdammten dieser Erde" zu Beginn der 1960er Jahre davor gewarnt, dass es dem afrikanischen Nationalismus der nachkolonialen Elite doch nur um die Sicherung ihrer eigenen Privilegien, nicht aber um die Interessen der kolonisierten Bevölkerungsmehrheit ginge. Das 30 Jahre später unabhängig gewordene Namibia ist hierfür eines der letzten ernüchternden Beispiele.

Die zögerliche, keinesfalls systematische Landpolitik (die den Namen „Reform" nicht verdient) hat dazu geführt, dass eine größere Zahl von SWAPO-Nutznießern, deren unanständig opulente Staatsgehälter aus Steuermitteln finanziert werden, dank des Zugangs zu Subventionen zu „Wochenendfarmern" als Statussymbol wurden. Ebenso ist die Privatisierung des natürlichen Reichtums (beispielsweise durch die Vergabe von Fischfangquoten oder Schürfrechten im Bergbau an namibische BürgerInnen) zum Vehikel für einen Pfründe- und Rentenkapitalismus degradiert worden. Organisierte Wertabschöpfung ohne produktive Investitionen in die heimische Wirtschaft nehmen wie die Korruption ein atemberaubendes Ausmaß an.

Enttäuschte Hoffnungen

Nicht etwa, dass es vor der Unabhängigkeit besser gewesen wäre. Doch viele der Erwartungen, die durch die Befreiungs- und Emanzipationsrhetorik der SWAPO geschürt wurden, sind enttäuscht worden. Um die wirtschaftlichen Perspektiven der weißen Minderheit steht es im Zuge der „Namibianisierung" der Ressourcen dabei langfristig trotz der zeitweiligen Beibehaltung der Privilegien nicht sonderlich gut – wenngleich dies eher als Kollateralschaden denn als gezielte Strategie gesellschaftlicher Transformation verstanden werden muss. Schließlich geht es nicht um die Abschaffung eines bestehenden Wirtschaftssystems, sondern um die Auswechslung der Elite.

Vom Kolonialkitsch bis hin zur Flagge des unabhängigen Namibia: Altes und Neues im Aufkleberangebot eines Souvenirladens in Swakopmund
Foto: Henning Melber

Politisch haben die Deutschstämmigen schon Terrain eingebüßt. Zur Unabhängigkeit waren sie die am meisten überrepräsentierte Bevölkerungsgruppe in Regierung, Parlament und höherer Verwaltung – besonders in den Reihen der SWAPO (was in starkem Kontrast zum Mythos der „Ewiggestrigen" stand). Im 72-köpfigen Parlament der vierten Legislaturperiode sind sie heute nicht mehr vertreten. Auch im Zentralkomitee der SWAPO gibt es seit dem letzten Parteikongress keine(n) Deutschstämmige(n) mehr. Hingegen gibt es eine kleine Schar neu eingewanderter Deutschsprachiger, die im zivilgesellschaftlichen Bereich, an den tertiären Bildungseinrichtungen und im entwicklungspolitischen Sektor engagiert sind, mit der „Südwester community" allerdings wenig zu tun haben.

Das Alte im Neuen

„Bauet am Erbe" steht als Leitmotiv am 1951 gegründeten Museum von Swakopmund – bis heute Hochburg der „Südwester". Es ziert jetzt auch in großen gepinselten Lettern den neuen Anbau. Zwar (noch) nicht in Swakopmund, wohl aber andernorts bauen inzwischen hingegen zumeist Chinesen und Nordkoreaner am neuen Erbe. Dies dokumentiert etwa der Pomp der „Heldengedenkstätte", die außerhalb Windhoeks von der neuen Macho-Befreiungsmilitärmentalität nur so strotzt. Der ebenfalls in den Randbezirk der Hauptstadt verlagerte neue Regierungs- und Wohnkomplex für das Staatsoberhaupt vermittelt dieselbe Aura. Das Stadtbild bleibt bisher davon weitgehend unberührt. Dies wird sich mit dem Unabhängigkeitsmuseum, das ebenfalls von Nordkoreanern erbaut wird, wohl ändern.

Die Touristen, die weiterhin ans Reiterdenkmal pilgern, müssen dann auf dem Weg zum derzeit geplanten nahe gelegenen neuen Standort das Unabhängigkeitsmuseum zumindest passieren. Wenn es so ähnliche Gestalt annimmt, wie die anderen nordkoreanischen Bauten, wird es die Symbolik von totalitärer Staatsmacht weiter kultivieren. Der Schutztruppler darf dann weiterhin – wenn auch einige Meter mehr am Rande – seinen Blick schweifen lassen. Herrschaftsmentalität und -gestus haben sich wenig geändert und finden noch immer ein Nebeneinander. So besehen lebt das Alte auch im Neuen weiter. Nur nicht mehr ganz so deutsch.

Henning Melber kam 1967 als Sohn deutscher Einwanderer nach Namibia, wo er 1974 der SWAPO beitrat. Er ist heute geschäftsführender Direktor der Dag Hammarskjöld Stiftung in Uppsala/Schweden.

Harry Stephan und Ryan Lobban

Der neue Wettlauf um Afrika

Neokoloniale Landnahme bedroht Souveränität und Ernährungssicherheit

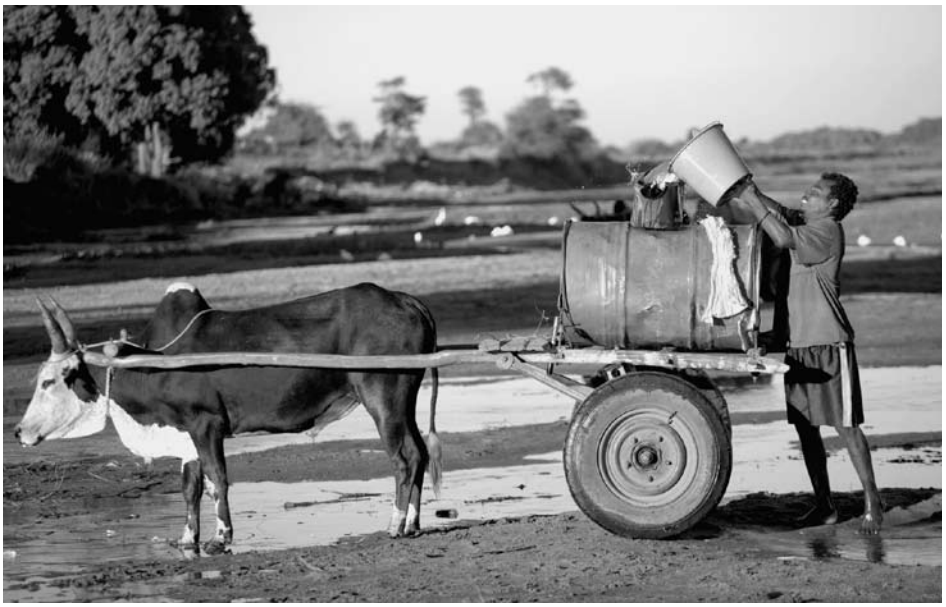
Seit einigen Jahren ist der afrikanische Kontinent wieder von wirtschaftlichem Interesse: China, die USA, Saudi-Arabien und viele andere Länder sichern sich den Zugang zu Öl, Edelsteinen und anderen Rohstoffen. Die neueste Entwicklung geht noch weiter: Riesige Flächen afrikanischen Ackerlands werden von ausländischen Firmen oder Staaten aufgekauft, um dort Nahrungsmittel anzubauen. Angesichts steigender Weltbevölkerung und durch Klimawandel und Wasserknappheit sinkender Anbauflächen ein profitträchtiges Geschäft.

Der Wettlauf um Afrika ist wieder eröffnet. Bei diesem Wettlauf geht es um mehr, als die zurzeit üblichen Berichte über den Griff des chinesischen Präsidenten Hu Jintao nach dem Sudan, Barack Obama, der nach Ghana jettet, um neue Ölreserven zu sichern, oder Dmitri Medwedew, der sich namibische Diamantenminen schnappt. Neu an diesem Wettlauf ist die Aneignung des afrikanischen Bodens selbst. Und dieser Wettlauf ist heimtückischer als jemals zuvor. Welchen Nutzen haben die AfrikanerInnen von dieser Landnahme? Nachdem der afrikanische Agrarhandel mit Subventionen und schlechten Handelsbedingungen zerstört worden ist, hat die Welt Afrika erneut ins Visier genommen. Kann Afrika auf diesen neuen Wettlauf effektiv reagieren? Die Anzeichen sind wenig ermutigend.

Nach der Unabhängigkeit

Als die afrikanischen Staaten Mitte des 20. Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit erlangten, war der Kontinent geprägt von Problemen der Unterentwicklung und der Ruf nach ökonomischer Befreiung wurde mit sozialistischen Konzepten beantwortet. Die führenden Persönlichkeiten waren Léopold Senghor in Senegal, Ahmed Sékou Touré in Guinea, Kwame Nkrumah in Ghana, Modibo Keita in Mali und Julius Nyerere in Tansania. Die Terminologie des Marxismus erwies sich als hilfreich für afrikanische Politiker, um das Schlechte am Kapitalismus aufzuzeigen, etwa mit Begrifflichkeiten wie der „Ausbeutung der 3. Welt".

Die zweite politische Bewegung nach der Unabhängigkeit hatte deutlich gewaltsamere Beiklänge. Für sie war das chinesische Denken dominant, versinnbildlicht in Maos berühmter Doktrin, dass die „Macht aus den Gewehrläufen kommt". In Afrika waren Frantz Fanon und Amilcar Cabral die intellektuellen Vordenker einer Bewegung, die den Kontinent von den Resten der Kolonialherrschaft befreien wollte. In Algerien führte die Front de Libération Nationale (FLN) einen ausdauernden Guerillakrieg gegen Frankreich und Fanon, der berühmteste Intellektuelle der FLN, schrieb ausführlich über den Befreiungskampf. Sein großer Beitrag zum revolutionären Denken in Afrika war das Wahrnehmen und die Thematisierung derjenigen Menschen in Kolonialstaaten, die nicht in die industrielle Produktion eingebunden sind, insbesondere der Landbevölkerung – er könnte damit vor einer Renaissance stehen.



Madagaskar ist eines der am stärksten vom neuen Wettlauf um Land betroffenen Länder Afrikas
Foto: R. Maro/version

Chance oder Bedrohung?

Neue Entwicklungen in der Agrarindustrie versprechen positive Aussichten für einige afrikanische Staaten. Länder, deren Wirtschaft seit der Dekolonisation stagniert, könnten wegen des scheinbaren Überflusses an kultivierbarem Land nun zu *hotspots* für Investitionen werden. Ausländische Direktinvestitionen haben in Afrika 2007 die Rekordhöhe von 30 Milliarden US-Dollar erreicht. Auf den ersten Blick scheint diese Entwicklung vielversprechend zu sein. Doch angesichts des weitgehend mangelhaften institutionellen Gefüges afrikanischer Staaten könnten sich solche Investitionen als zerstörerisch erweisen.

Das Fehlen eines zuverlässigen institutionellen Rahmens ist auch der Hauptkritikpunkt eines Berichts, den die Welternährungsorganisation FAO in diesem Jahr zu den Landverkäufen in Afrika vorgelegt hat. Trotz der Hoffnungen auf positive Nebeneffekte und neue ausländische Direktinvestitionen sind die institutionellen und rechtlichen Mechanismen vor allem auf die Interessen der Investoren ausgerichtet. Können afrikanische Staaten wirklich abschätzen, wie sich die Landverkäufe auf lokale ProduzentInnen und Gemeinschaften auswirken werden, die für ihre Versorgung auf Subsistenzwirtschaft angewiesen sind? Können sie die Verträge richtig einschätzen, die eine schier unübersichtliche Zahl von Regelungen in Bezug auf die Landkäufe enthalten? Die möglichen Folgen umfassen die Verdrängung von Kleinbauern und -bäuerinnen (insbesondere wenn die zukünftige Produktion kapitalintensiv ist), Umweltzerstörung und sogar eine Veränderung der traditionellen und kulturellen Bedeutung des Landes an sich.

Mammo Muchie

Hilfe, die dem Geber nützt

Eine Abrechnung mit der Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ), früher „Entwicklungshilfe" genannt, hat den Anspruch, Länder aus Armut und fremder Abhängigkeit zu führen. Doch wem nützt sie wirklich? Mammo Muchie argumentiert, dass die bisherige EZ vor allem den Gebern nützt und die kolonialen Strukturen von Zerstückelung und Abhängigkeit in Afrika eher verstärkt als überwunden hat. Als Alternative fordert er einen konsequenten Panafrikanismus.

Das negative Erbe der Berliner Afrika-Konferenz lebt bis heute fort. Die politische Unabhängigkeit konnte bis jetzt offensichtlich nicht verhindern, dass sich dieser zerstörerische Einfluss weiter auf Afrikas Zukunft auswirkt. Heute leidet Afrika unter dem Gebersystem der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wie es im 19. Jahrhundert unter dem europäischen „Wettlauf um Afrika" litt. Wenn Afrika wirklich frei werden will, muss es das System der EZ überwinden, das eher zur Vertiefung der Fragmentierung beigetragen hat, die von der Berliner Konferenz ausging, als zu deren Überwindung. Afrika befindet sich in einem Dilemma: Wenn es die EZ-Gelder ablehnt, verliert es. Wenn es sie annimmt, verliert es ebenfalls. Um aus dieser Zwickmühle zu entkommen, müssen sich die AfrikanerInnen klar machen, dass panafrikanische Einheit kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit ist, ohne die das Schicksal Afrikas nicht von ihnen selbst, sondern von anderen geschrieben wird.

Zerstückelung und Abhängigkeit

Es gibt zwei Hauptgründe, die Afrika daran hindern, in eine Phase selbstständiger Entwicklung einzutreten: eine irrationale Zerstückelung, die das Ergebnis der zufälligen Aufteilung Afrikas in an sich inkohärente staatliche Gebilde bei der Berliner Konferenz ist, sowie die Abhängigkeit von EZ-Geldern zur Finanzierung von Entwicklung. Beide sind dialektisch miteinander verbunden. Schwache und fragmentierte Staaten sind abhängig von ausländischer Hilfe, da sie nicht in der Lage sind, ihre eignen Ressourcen zu mobilisieren. Politische Zersplitterung hat auch wirtschaftlich nicht lebensfähige Einheiten hervorgebracht. Und umgekehrt hat ein Mangel an erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung zu schwachen politischen Strukturen, zu Rentenökonomien und sogenannten gescheiterten Staaten geführt.

Seit mehr als einem halben Jahrhundert gibt es bereits die Idee, dass eine panafrikanische Einheit notwendig ist, um diese Zerstückelung zu überwinden. Nur so kann sichergestellt werden, dass Afrikas Naturschätze für die eigene Entwicklung verwendet werden. So könnte der interne und externe Raub der reichen mineralischen und landwirtschaftlichen Ressourcen beendet werden, etwa durch eine gemeinsame afrikanische Wirtschaftsstrategie, die das Problem in Angriff nimmt, von externer finanzieller Hilfe abhängig zu sein – wobei deren Geber weder die Absicht noch den Wunsch haben, eine ganzheitliche und nachhaltige Entwicklung in Afrika zu finanzieren.

Unzureichende Hilfe

Die Gelder der Entwicklungszusammenarbeit sind regelmäßig zu niedrig angesetzt und selbst die gemachten Zusagen werden immer wieder gebrochen. Der bereits 1971 in der UNO gefasste Plan, dass die Industrieländer 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die EZ bereitstellen sollen, wurde nie auch nur annähernd umgesetzt.

Entwicklungshilfe nützt dem Geber, selten dem Empfänger! Ausnahmen sind Notsituationen und die Katastrophenhilfe. Das sind die Erfahrungen mit der bisherigen EZ, die der Norden in Afrika geleistet hat. Das haben mittlerweile auch einige afrikanische Politiker erkannt, die deshalb einen Ausstieg aus dem System der EZ versuchen. Die westlichen Staaten nutzen die „Hilfe", um einen Nettotransfer von Ressourcen aus Afrika zu ermöglichen. So lange EZ-Mittel mit der Auflage kommen, profitable Anlagemöglichkeiten für ausländisches Kapital zu schaffen, werden sie nicht so investiert, dass sie die Lebensbedingungen der einfachen Bevölkerung verbessern.

Momentan ergibt sich folgende Gleichung: Hilfe = Auflagen, welche die Politik davon abhalten, Maßnahmen zu treffen, die wirklich zu Entwicklung beitragen + unzureichende Mittel + maximaler Druck zur Selbstvermarktung. Die internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) unterstützen diese Mechanismen. Afrika wurde viel Geld geliehen, nicht um Entwicklung zu finanzieren, sondern um es in die Schuldenfalle zu treiben. Die Hilfs- und Leihindustrie der EZ ist ein sich selbst erhaltender Koloss geworden.

„Versklavt" durch Schulden

Statistisch gesehen hat jeder Subsahara-Afrikaner mit 400 US-Dollar pro Kopf doppelt so hohe Schulden bei ausländischen Kreditgebern, wie das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung beträgt. In einer Stellungnahme der UNO zur Verschuldungssituation heißt es: „Trotz der jüngsten Maßnahmen zur Verringerung der afrikanischen Schulden, inklusive der HIPC-Initiative, erweist sich ein permanentes Ende des Schuldenproblems als unwahrscheinlich."

Es ist enorm schwierig, den Teufelskreis der Verschuldung in einen Kreislauf der Entwicklung umzuändern. Deshalb gibt es Warnungen, dass Afrika erneut „versklavt" wird, diesmal durch die IFIs. Weltbank, Internationaler Währungsfonds und Welthandelsorganisation wollen das bestehende System erhalten. Aber Afrikas Situation wird sich nur verbessern, wenn es gelingt, seine eigenen Interessen in diesem System zur Geltung zu bringen. Wenn die AfrikanerInnen wirklich unabhängig werden wollen, müssen sie die Wurzeln zu den Mächten durchschneiden, die seit über 500 Jahren ihre historische und aktuelle Unterdrückung wie in Stein gemeißelt haben. Dazu bedarf es einer radikalen panafrikanischen Vision.

Aus dem Englischen von Armin Massing.

Mammo Muchie lehrt als Professor an der Universität von Aalborg, Dänemark, leitet Forschungsprojekte für die Tshawne University of Technology in Pretoria, Südafrika, und ist Senior Research Associate an der Universität Oxford, England. Seine Schwerpunkte sind Entwicklungszusammenarbeit und Innovation.

Spur des Hungers

„Die Verlagerung der Nahrungsproduktion wird die Ernährungssicherheit für die investierenden Länder gewährleisten, sie wird aber eine Spur von Hunger und Lebensmittelknappheit für die lokale Bevölkerung hinterlassen", sagt dazu Devinder Sharma vom „Forum für Biotechnologie und Ernährungssicherheit" aus Indien. Im Kontext von erbärmlicher Armut, steigendem Bevölkerungswachstum, Hunger, Wasserknappheit und Umweltzerstörung kann man nur spekulieren, wie diese Investitionen sich auf Afrikas fragiles sozio-politisches Klima auswirken werden.

Der südkoreanische Konzern Daewoo Logistics unterschrieb 2008 einen der umstrittensten Landkaufverträge. Ein vom Präsident Marc Ravalomanana persönlich unterzeichneter Leasing-Vertrag sicherte Daewoo für 99 Jahre die Rechte an 1,3 Millionen Hektar madagassischen Bodens – rund die Hälfte der fruchtbaren Fläche der Insel. Als das Geschäft öffentlich wurde, kam es zu großen Demonstrationen, die schließlich zur Absetzung des Präsidenten im März beitrugen. Daewoos Deal in Madagaskar, der vom neuen Präsidenten rückgängig gemacht wurde, ist jedoch keine Ausnahme. Ein aktueller FAO-Report weist den Verkauf von 2,5 Millionen Hektar Land in Äthiopien, Mali, Madagaskar, Sudan und Ghana seit 2004 nach. Dazu zählen etwa der 50-jährige Leasingvertrag von GEM BioFuels über 450.000 Hektar in Madagaskar, das Leasing von 45.000 Hektar in Tansania durch die britische Bioenergiegruppe CAMS, der Deal der indischen Firma Varun Agriculture SARL über 170.000 Hektar in Mosambik sowie die Aneignung von 400.000 Hektar bestem Farmland im Südsudan durch die US-Investmentfirma Jarch Capital.

Neue Form des Kolonialismus statt Partnerschaft

Man kann den ausländischen Regierungen schwer vorwerfen, dass sie versuchen, ihre Nahrungsimporte zu sichern. Ihr Handeln in Afrika offenbart allerdings eine riesige Diskrepanz zwischen proklamierter Politik und tatsächlicher Praxis. So bezieht sich etwa der erste Aktionsplan zu den Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und den afrikanischen Staaten auf die Millenniumsentwicklungsziele und fordert eine stärkere Einbindung von kleinen Farmern und Nichtregierungsorganisationen, eine bessere Landwirtschaftspolitik und eine Erhöhung der regionalen Ernährungssicherheit. Dies ist eine Farce angesichts der Beteiligung vieler ausländischer Staaten an den jüngsten Landaufkäufen.

Das Geschäft mit dem Ackerland wurde zwar beim jüngsten G8-Gipfel in Italien kurz thematisiert. Es bleibt jedoch ein komplexes und mit großen Gefahren behaftetes Problem angesichts von Informationsdefiziten, den schwer kalkulierbaren Folgen vor Ort und den begrenzten Möglichkeiten, die ausländische Regierungen angesichts der politischen Situation in Afrika haben, um ein sozial verantwortungsvolles Investment zu fördern. Dies macht die Erarbeitung verbindlicher Regelungen für Investoren schwierig und ihre Durchsetzung fast unmöglich. Afrikanische Regierungen sind zunehmend machtlos, wenn es darum geht, die Preisstabilität von Nahrungsmitteln in ihren Ländern zu gewährleisten.

125 Jahre nach der Berliner Afrika-Konferenz verharrt die Mehrheit der afrikanischen Staaten in sozialer und politischer Stagnation. Diejenigen, die die Fortschritte in der afrikanischen Landwirtschaft durch ausländische Landübernahme loben, müssen sich darüber im Klaren sein, dass auch dieser neue Wettlauf auf Kosten der territorialen Integrität und Souveränität Afrikas geht. Sie verstärkt die Marginalisierung des Kontinents und führt zu einer neuen Form des Kolonialismus: Wenn dies weitergeht, ist ein neuer Zyklus der Gewalt vorprogrammiert.

Aus dem Englischen von Armin Massing.

Harry Stephan ist Politikwissenschaftler und lehrt an der Universität von Kapstadt, Südafrika. **Ryan Lobban** macht dort zurzeit seinen Master in Politikwissenschaft.

Katharina Oguntoye

Prekäre Subjekte

Die afrikanische Diaspora in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis zum Nationalsozialismus

Wer waren die schwarzen Menschen, die in den vergangenen Jahrhunderten in Deutschland lebten und oft auch heimisch wurden? Die afrikanische Diaspora setzte sich aus einer Vielzahl von Gruppen und Personen zusammen, die sich vor allem durch den Zeitpunkt ihrer Ankunft und den Zweck ihres Aufenthalts in Deutschland unterschieden. Ihre Geschichte ist so vielfältig wie diese Menschen. Auch im Kontext der rassistischen Gesellschaft gab es individuellen Erfolg – doch viele Schicksale endeten tragisch angesichts der kolonialistischen Strukturen.

Im 18. Jahrhundert gehörte es an deutschen Adelshöfen zum guten Ton, zur Repräsentation und als Symbol des eigenen Status AfrikanerInnen im höfischen Haushalt zu besitzen. In den Quellen finden sie sich als Pagen, Kammerdiener, Angehörige der Militärmusikcorps und Soldaten aus den Kolonialgebieten (zumeist im französischen Heer). In der Regel erhielten sie die für die jeweilige Berufsausübung übliche Entlohnung und hatten oft auch durch ihre jeweiligen PatronInnen über deren Ableben hinaus ein gutes Auskommen. Andere wiederum schlugen sich mit allerlei Gelegenheitsarbeiten durch oder schlossen sich dem „fahrenden Volk" an.

Seit der Mitte 19. Jahrhunderts waren deutsche Missionare, Forscher und Abenteurer an der Entdeckung Afrikas beteiligt. Sie brachten junge AfrikanerInnen mit nach Deutschland. Am bekanntesten sind Machbuba, die 15-jährige Abessinierin, die Fürst Pückler nach Cottbus mitnahm, und Emilie Ruete, geborene Prinzessin von Sansibar, die ihrem Ehemann, einem Hamburger Kaufmann, nach Deutschland folgte.

Völkerschauen, die der Allgemeinheit die neu entdeckten Welten nahebringen sollten, waren von Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die 1930er Jahre ein beliebtes Ausflugsziel der Deutschen wie auch anderer Europäer. Einige afrikanische TeilnehmerInnen kamen wiederholt auf Touren nach Deutschland, andere blieben ganz hier. Von zwei Afrikanern wissen wir, dass sie solche Schauen auf eigene Rechnung organisierten und durchführten und mit die-

Martin Dibobe aus Liberia war 15 Jahre U-Bahnfahrer in Berlin und musste Deutschland nach über 35 Jahren wegen der Nazis verlassen
Foto: BVG-Archiv (1904)

sen viele Jahre Deutschland und das benachbarte Ausland bereisten.

Ausbildung in Deutschland

Zur Unterstützung der neu gebildeten Kolonialverwaltungen in Kamerun und Togo wurden einheimische MitarbeiterInnen benötigt. In Missionsschulen erhielten AfrikanerInnen in den deutschen Kolonien eine einfache Schulbildung. Einige wurden in Deutschland weitergebildet und später als AnleiterInnen und MissionslehrerInnen eingesetzt.

Der Kolonialpolitik des kaiserlichen Deutschlands lag ein streng hierarchisches Denken zugrunde, welches zu kruden Vorstellungen von „den Afrikanern" führte und auf strenge Segregation bedacht war. Zum deutschen Kolonialsystem gehörte die grausame Prügelstrafe (mindestens 50 Peitschenhiebe) und die Bildungsmöglichkeiten der AfrikanerInnen wurden eingeschränkt. Höhere Bildung war nur in Ausnahmefällen zugelassen.

So sandten nach der Unterzeichnung der Schutzverträge einige führende Familien Kameruns ihre Söhne in kleinen Gruppen nach Deutschland, wo sie sich mit dem neuen Lebensstil und den Kulturtechniken vertraut machen sollten. Zu ihnen gehörten die Douala-Prinzen Rudolf Manga Bell und Mpundu Akwa. Sie kamen als Neunjährige nach Deutschland, erhielten eine gutbürgerliche Schulbildung und versuchten später, zwischen den Welten zu vermitteln. Ihr Leben und ihre Erfolge, aber auch die Vergeblichkeit ihrer Bemühungen, wurden von den Widersprüchen und Prämissen des deutschen Imperialismus bestimmt. Beide wurden zu Opfern der Willkür des deutschen Kolonialismus und Rassismus, und mussten als solche ihr Leben einbüßen.

Mpundu Akwa galt als gewandt und umsichtig. Er gewann den Respekt und die Freundschaft vieler einflussreicher Persönlichkeiten im Adel und später in bürgerlich-liberalen Kreisen. Geboren 1879, kam Akwa 1888 nach Deutschland. Mit nur 14 Jahren war er 1894 kurzzeitig als Übersetzer im Gouvernement in Douala tätig. Dort geriet er mit dem Gouverneur Jesko von Puttkamer in Konflikt, weil er sich über die ungerechte Behandlung von Afrikanern beschwerte. Von nun an war der gebildete Afrikaner dem deutschen Kolonialgouvernement in Kamerun ein Dorn im Auge. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1902 sollte er durch eine gezielte Rufmordkampagne politisch neutralisiert werden.

Die Petitionsbewegung

Mpundu Akwa half, Petitionen zu formulieren und Kontakte zu knüpfen. Eingaben wurden direkt an den Reichskanzler und an Parlamentarier gesandt. Denn zuvor hatten die Douala die Erfahrung gemacht, dass das deutsche Gouvernement in Kamerun ihre Beschwerdeschriften nicht weiterleitete, sondern – anstatt sich für die Behebung von Missständen zu interessieren – lediglich die Unterzeichner zu verfolgen suchte.

Akwas Handeln und Agieren in Deutschland war sehr couragiert und im Kontext der segregierten Kolonialgesellschaft außerordentlich erfolgreich. Mit Hilfe seines Anwalts Moses Levi erreichte er vor einem deutschen Gericht einen juristischen Sieg über die Kolonialverwaltung. Dem jungen Anwalt Levi gelang es mit seiner Rechtsstaatlichkeit einfordernden Verteidigung, die konstruierte Anklage gegen Akwa zu entlarven und eine mehrjährige Gefängnisstrafe abzuwenden. Er konnte unter anderem Beweise dafür vorlegen, dass das Gouvernement ohne gesetzliche Handhabe die Deportation von Akwa betrieben hatte. In der erhalten gebliebenen Verteidigungsschrift bezeichnet Levi die Anklage als politisch motiviert und das Vorgehen des Gouvernements als anachronistische „Kabinettsjustiz".

Der Prozess wurde in der Öffentlichkeit und medial stark beachtet. Im vollbesetzten Gerichtsaal fanden sich zahlreiche von Akwas einflussreichen Freunden. Das Gericht sprach Akwa in allen Punkten der Anklage frei und folgte im Wesentlichen der Argumentation der Verteidigung. Dieser Erfolg blieb nur ein Etappensieg, doch mit dem

gewonnen Prozess waren Afrikaner als handelnde Subjekte in der deutschen Geschichte sichtbar geworden.

Mörderische Kolonialverwaltung

Bis Mpundu Akwa 1911 nach Kamerun zurückkehrte, hat er mit unermüdlichem Einsatz versucht, eine auf Unabhängigkeit zielende eigenständige Politik der Douala zu entwerfen. Wobei er für eine verbesserte Infrastruktur in Kamerun, wie zum Beispiel die Einrichtung eines Gesundheits- und Schulsystems, gerne auch deutsche Modelle nutzen wollte. Bei seiner Rückkehr wurde er sofort verhaftet. Da es für die geplante Anklage wegen Betrugs keine Beweise gab, wurde er wegen Subversion zu Gefängnis und anschließender Verbannung verurteilt. 1914 wurde Mpundu Akwa hingerichtet.

Rudolf Manga Bell war der andere in Deutschland erzogene Douala, der durch den unmäßigen Druck der deutschen Kolonialrepression zur Führungspersönlichkeit des Widerstands wurde. 1908 wurde er als Nachfolger seines Vaters als Oberhaupt der Douala eingesetzt. Die Bells gaben die Strategie der Zurückhaltung auf und setzten ihrerseits auf direkt in Deutschland eingebrachte Petitionen unter Einbeziehung und Mobilisierung der deutschen Öffentlichkeit. Dies gelang nur eingeschränkt und so wurde Rudolf Manga Bell noch kurz vor der Besetzung Doualas durch die Engländer 1914 – ohne Wissen der deutschen Öffentlichkeit und gegen die Anweisungen aus Berlin – gemeinsam mit mehreren hundert Führungspersönlichkeiten der Douala vom deutschen Gouvernement wegen angeblichem Verrat verurteilt und hingerichtet.

Nach dem Ende der deutschen Kolonialherrschaft hatten die Afrikaner und ihre Familien in Deutschland kaum die Möglichkeit, in ihre Heimatländer zurückzukehren, da sie nun der Spionage und Subversion für Deutschland verdächtigt wurden. In Deutschland wurden sie häufig mit den schwarzen französischen Besatzungstruppen gleichgesetzt und daher Opfer von Diskriminierung.

In der Weimarer Republik

Während der Weimarer Republik gab es eine Fortsetzung der Petitionsbewegung, die nun nicht mehr aus den Kolonien selbst kam. Die Petitionen wurden von in Deutschland lebenden Afrikanern initiiert und verfasst. In diesen Schriften forderten sie das deutsche Parlament auf, sich für eine gerechte Regierung in den ehemaligen deutschen Gebieten einzusetzen. Der Verfasser einer solchen Eingabe, die von mehr als 18 in Deutschland lebenden Afrikanern unterzeichnet wurde, war Martin Dibobe. Er ist einer der Afrikaner, die sich in dieser Zeit politisch engagierten und meist mit linken politischen Ideen sympathisierten. Einige nahmen als Redner an antikolonialen Kundgebungen teil, andere gründeten in Berlin die „Deutsche Sektion zur Verteidigung der Menschenrechte“, deren Hauptsitz in Paris war. Diese Afrikaner hatten offenkundig internationale Verbindungen zu entsprechenden Kreisen in England und Frankreich.

All diese Aktivitäten endeten mit dem Beginn der NS-Herrschaft. Martin Dibobe hatte über 35 Jahren in Deutschland gelebt. Er war mit einer Völkerschau für die große Gewerbeausstellung 1896 nach Berlin gekommen, hatte als Schaffner und U-Bahnfahrer bei der Berliner Hoch- und Untergrundbahn gearbeitet und hatte eine Familie mit drei Kindern. Nun musste er wie viele der politisch interessierten AfrikanerInnen Nazi-Deutschland verlassen. Seine Spur kann nach Südfrankreich und Kamerun nachverfolgt werden, wo sie sich dann verliert.

Katharina Oguntoye ist Historikerin und hat die afrodeutsche Bewegung mitgeprägt, unter anderem als eine der Herausgeberinnen des Buchs „Farbe bekennen“ (1986) und als Gründungsmitglied der „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland“.

Reinhart Kößler

Deutschland postkolonial

Verdrängen, vergessen, verleugnen

Es ist herrschende Meinung in der Bundesrepublik Deutschland, man habe mit der kolonialen Vergangenheit allenfalls am Rande zu tun. Die weithin als vorbildlich gepriesene deutsche Praxis der „Bewältigung“ der Vergangenheit soll sich auf den Holocaust und allenfalls auf den Zweiten Weltkrieg beschränken. Wobei es auch da immer wieder zu unwürdigem Gezerre gekommen ist, bevor Leiden und materielle Ansprüche anerkannt wurden.

Deutschland ist seit 1919 postkolonial. Anfangs sehr unfreiwillig und unter scharfem Protest von der SPD bis zu den Deutschnationalen und später den Nazis. Nach 1945 – wenigstens was Westdeutschland angeht – eher als Zuschauer der Entkolonialisierung. Die Kolonialverbrechen – Völkermorde gegen Ovaherero und Nama, im Maji-Maji-Krieg, während der Kriegsführung des Generals Lettow-Vorbeck gegen die Briten in Ostafrika sowie zahlreiche Kriege in Kamerun – wurden früher einmal als Heldentaten propagiert und später verschwiegen.

Aber diejenigen, die durch Sozialisation und Erzählungen die Traumatisierung der unmittelbaren Opfer der Massenverbrechen geerbt haben, haben es mit dem Verdrängen schwerer. In Namibia etwa sind sie zudem mit den dauerhaften Folgen des Völkermords konfrontiert, greifbar in der extremen sozialen Ungleichheit und den fortbestehenden Folgen des kolonialen Landraubs. Nachdem das Land 1990 endlich die Unabhängigkeit erreicht hatte, begannen die Nachkommen der Überlebenden Forderungen zu stellen. Von Besuchern wie Bundeskanzler Kohl oder Bundespräsident Herzog erhielten sie beschämende Abfuhren – sie wurden schlicht nicht vorgelassen. Von daher wird verständlich, dass sie es auch auf dem Weg probierten, der den NS-ZwangsarbeiterInnen schließlich zu einem Teilerfolg verholfen hatte, mit einer Klage in den USA.

In Namibia erregte die zugespitzte Situation öffentliches Interesse, in Deutschland schien dies allenfalls eine kurze Zeitungsnotiz wert. Das änderte sich etwas 2004, als sich der Beginn der großen Kolonialkriege zum 100. Mal jährte. Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul brach den Bann durch eine mutige öffentliche Entschuldigung bei der Gedenkfeier auf dem Schlachtfeld von Ohamakari – leider ohne dem die notwendigen weiteren Schritte folgen zu lassen: den Dialog mit den Opfergruppen. Die haben sich inzwischen auf breiterer Basis organisiert und fordern (in Namibia) lautstark diesen Dialog, angemessene Entschädigung und beispielsweise die Rückgabe der Schädel ihrer Vorfahren, die sich immer noch in deutschen anthropologischen Sammlungen befinden.

Namibia als exemplarischer Fall kann das Ausmaß an Zynismus und Selbstgerechtigkeit belegen, das die Bundesregierung jüngst bei der Beantwortung einer kleinen Anfrage der Linken an den Tag legte: Alles sei bestens, es gebe keine Ansprüche und Entwicklungshilfe werde es schon richten.

Reinhart Kößler ist Professor für Soziologie und Vorstandsmitglied der Informationsstelle Südliches Afrika.

Joachim Zeller

Spuren und ihre Deutung

Postkoloniale Erinnerungskultur in Deutschland

Im öffentlichen Raum finden sich in Deutschland noch immer Überbleibsel aus der Kolonialzeit. Sowohl einige erhaltene Denkmäler, als auch diverse Straßennamen erinnern an den deutschen Kolonialismus und ehren bis heute die Protagonisten der kolonialen Aggression. Dagegen ist – nach einer langen Zeit der Nichtbeachtung – seit den 1980er Jahren eine wachsende Zahl zivilgesellschaftlicher Initiativen aktiv.

Wer sich auf Spurensuche begibt, der findet noch so manches Denkmal, das an die imperiale Überseeherrschaft Deutschlands erinnert. Es kann sich dabei um Monumente traditionellen Typs oder um Straßennamen handeln. Das größte dieser Kolonialdenkmäler steht in Bremen, wo bis heute ein riesiger Elefant aus Klinkersteinen steht, das ehemalige „Kolonial-Ehrenmal". Und Land auf, Land ab verzeichnen die Stadtpläne koloniale Straßennamen wie zum Beispiel die Hermann-von-Wissmann-, Togo- oder Samoa-Straßen.

Einst waren die Kolonialdenkmäler „verdienten Kolonialpionieren" oder den in den Kolonialkriegen gefallenen „Schutztruppensoldaten" gewidmet. Allerdings erschöpften sich die Monumente nicht in ihrer Funktion als Totenmale. Sie dienten vor allem auch als identifikatorische Bezugspunkte für das jenseits der Meere liegende „Neu-Deutschland" und sollten dazu beitragen, dem Kolonialgedanken Popularität zu verschaffen. Nach dem Ersten Weltkrieg, als das Deutsche Reich alle seine Überseebesitzungen hatte abtreten müssen, kam ihnen die Aufgabe zu, das „geraubte deutsche Kolonialreich" nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Der 2. Weltkrieg als Zäsur

Und wie sieht es heutzutage – in unserem „postkolonialen Zeitalter" – aus? Zunächst ist festzuhalten, dass während des Zweiten Weltkriegs eine ganze Reihe von Kolonialdenkmälern zerstört wurden. In der DDR wurden dann ausnahmslos alle Kolonialdenkmäler abgetragen. Dagegen blieben in der BRD die vom Krieg verschonten Denkmäler überwiegend erhalten. Letzteres war jedoch nicht Ausdruck einer anhaltenden prokolonialen Haltung. In den Jahrzehnten nach 1945 stellte die mit der nationalsozialistischen Terrorherrschaft verbundene kollektive Erinnerungsarbeit den beherrschenden geschichtskulturellen Gegenstand dar.

Als mit dem in den 1950er Jahren einsetzenden Dekolonisationsprozess das Ende des kolonialen Zeitalters eingeläutet wurde, hatten auch die wenigen noch existierenden Kolonialdenkmäler ausgedient. Sie waren nur mehr der steinerne Restbestand einer untergegangenen Epoche. Für eine lange Zeit fielen sie der weitgehenden Nichtbeachtung anheim und schienen damit auch ihrer memorativen Funktion verlustig gegangen zu sein. An einigen Kolonialdenkmälern aber kamen – und kommen bis heute – auch weiterhin die Mitglieder von kolonialistischen Traditionsverbänden zu Kranzniederlegungen zusammen.

Das kleinste postkoloniale Denkmal: Der Stolperstein in Berlin für Mahjub bin Adam Mohamed, der von den Nazis ermordet wurde
Foto: Joachim Zeller

Antikoloniale Initiativen

In den 1980er Jahren setzte schließlich eine neue, nun allerdings antikolonialistisch ausgerichtete Rezeption ein. Vor allem die in zentraler Lage der Stadtgebiete stehenden Monumente boten Anlass für zum Teil heftige Debatten in der Öffentlichkeit. Das wohl öffentlichkeitswirksamste Projekt der vergangenen Jahre fand 2004/05 in Hamburg statt. Dort sorgte die temporäre Wiederaufstellung des seit Jahrzehnten im Magazin eingelagerten Wissmann-Denkmals nahe der Überseebrücke am Hafen für Aufsehen.

Das Projekt zielte keineswegs darauf ab, Wissmann, den einstmaligen Gouverneur von „Deutsch-Ostafrika", wieder zu neuen Ehren kommen zu lassen. Vielmehr intendierte die verantwortliche Künstlerin Jokinen einen „Nachdenkmal-Raum", medial verbunden mit einem Webforum (afrika-hamburg.de), in dem über die bis heute weitgehend marginalisierte deutsche Kolonialgeschichte diskutiert werden konnte.

Neu an diesem originellen Weg im Umgang mit solcherart überkommenen Symbolen war die Transformierung eines Denkmals zu seinem eigenen Gegendenkmal, eines Monumentes, das eine wechselvolle Geschichte hinter sich hat. 1909 in Daressalam errichtet, stand es seit 1922 vor der Hamburger Universität, wo es bis zum Zweiten Weltkrieg als eine der wichtigsten Kultstätten der deutschen Kolonialbewegung fungierte. 1968 schließlich hatten Studenten das Abbild Wissmanns bei einer „antiimperialistischen Aktion" vom Sockel gerissen.

Der weitere Umgang mit in die Kritik geratenen kolonialen Denkmälern sollte andere Wege nehmen. Es kam nicht mehr zu antikolonialen Bilderstürmereien, wie 1968 in Hamburg. Man sah ebenso von der Musealisierung umstrittener Denkmäler ab, wie dies 1989 auf Helgoland geschah, als man das Carl-Peters-Denkmal aus dem öffentlichen Raum entfernte und später ins dortige Nordsee-Museum umsetzte.

Vielmehr entschied man sich dazu, die Kolonialdenkmäler bewusst als steinernes Zeugnis der Vergangenheit zu erhalten, sie jedoch umzudeuten. Mit kommentierenden Texttafeln versehen, wurde ihnen eine neue Funktion als „antikoloniale Mahnmale" zugewiesen. Solche Umwidmungen erfuhren die Kolonialdenkmäler in Hannover (1988), Bremen (1990/1996), Nürnberg (1998), Düsseldorf (2004), Braunschweig und Wilhelmshaven (2005), Göttingen (2006/2007) und zuletzt in Berlin (in Planung). Die

Und das größte erhaltene Kolonialdenkmal in Deutschland: Der sieben Meter hohe Elefant in Bremen aus dem Jahr 1932 wurde 1989 zum „Antikolonialdenkmal" umgewidmet Foto: Hannes Grobe

Inschriften der neuen Gedenktafeln zeichnen sich dadurch aus, dass nun auch die bisher vergessenen Opfer unter den kolonisierten Völkern, die während der deutschen Kolonialherrschaft einen gewaltsamen Tod erlitten haben, mit in das Gedächtnis eingeschlossen werden. Ebenso erhielten nicht wenige koloniale Straßennamen im Zuge von Umbenennungsinitiativen neue, teilweise antikoloniale Namen, zuletzt das May-Ayim-Ufer in Berlin.

Dekolonisation des öffentlichen Raumes

Angesichts der mittlerweile zahlreichen Umwidmungs- und Umbenennungsaktionen lässt sich geradezu von einer Dekolonisation des öffentlichen Raumes in Deutschland sprechen. Dabei handelt es sich ausschließlich um zivilgesellschaftliches Engagement, mithin um eine Geschichtspolitik „von unten". Keine der Gedenkinitiativen erfolgte von staatlicher Seite, sondern diese gingen von Dritte-Welt- und Solidaritätsgruppen, in letzter Zeit verstärkt auch von afrodeutschen Vereinigungen aus. Die Initiativen zielen darauf ab, zu einem entkolonialisierten Bewusstsein in Deutschland beizutragen („Dekolonisation der Kolonisierer"), dem latenten Rassismus in der deutschen Gesellschaft entgegenzuwirken und nicht zuletzt die Völkerverständigung zu befördern.

Es sind aber auch neue Monumente gestiftet worden, die an die Verwicklungen Deutschlands in den Kolonialismus erinnern. Zu nennen ist aber vor allem die 2004 in Berlin eingeweihte Afrika-Stele zur Erinnerung an die Afrika-Konferenz von 1884/85. Das von dem aus Togo stammenden Grünen-Politiker Victor Dzidzonou initiierte Mahnmal memoriert nicht nur eines der zentralen Ereignisse der europäischen Kolonialgeschichte, sondern benennt auch den Völkermord, den Deutsche zwischen 1904 und 1908 in Namibia verübten. 2007 wurde in Berlin ein „Stolperstein" für den 1944 im KZ-Sachsenhausen ermordeten Deutschafrikaner Mahjub bin Adam Mohamed (Bayume Mohamed Husen) eingeweiht, womit erstmalig ein schwarzes Opfer der NS-Herrschaft eine Ehrung erfuhr.

In der offiziellen Erinnerungspolitik der Bundesrepublik Deutschland spielt die Kolonialgeschichte hingegen keine oder allenfalls eine marginale Rolle. So schweigt sich auch das umfangreiche Inschriftenprogramm der 1993 in Berlin eingeweihten „Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland" in der „Neuen Wache"

über die Opfer des deutschen Kolonialismus aus.

Der öffentliche Raum, so lässt sich resümieren, wird durchaus als Ort geschichtspolitischer Auseinandersetzungen gesucht und genutzt. Die hier vorgestellten Denkmale und Denkmalprojekte verstehen sich als „Steine des Anstoßes", um die Öffentlichkeit und ihr von kolonialhistorischer Indifferenz geprägtes Bewusstsein aufzurütteln. Nicht zuletzt treten die InitiatorInnen der immer noch weitverbreiteten Vorstellung entgegen, Deutschland sei eine „unbelastete Kolonialmacht" und die kolonialimperialistische Tradition eine vernachlässigbare Größe.

Joachim Zeller ist Historiker und hat eine Vielzahl von Aufsätzen und Büchern zur deutschen Kolonialgeschichte geschrieben und editiert.

Erinnern, aufarbeiten, wiedergutmachen

Eine Kampagne anlässlich des 125. Jahrestags der Berliner Afrika-Konferenz

Seit Februar dieses Jahres entsteht in Berlin ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, das den 125. Jahrestag der Berliner Afrika-Konferenz nutzen will, um die Kolonialvergangenheit kritisch zu erinnern. „Weder hier noch in den ehemals kolonisierten Staaten ist das koloniale Erbe überwunden", heißt es im Kampagnenaufruf, der unter dem Motto „erinnern, aufarbeiten, wiedergutmachen" steht. Die UnterzeichnerInnen des Aufrufs fordern einen grundlegenden Wandel im Umgang mit Deutschlands kolonialer Vergangenheit.

Konkret heißt das: Straßen sollen umbenannt werden, die Kolonialisten ehren oder rassistische Begriffe enthalten; Schulen, Universitäten sowie andere öffentliche und kirchliche Einrichtungen sollen sich kritisch mit Kolonialismus und Rassismus beschäftigen; zur Beseitigung struktureller Ausschlüsse von Schwarzen Menschen und People of Color aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens müssen konkrete Schritte unternommen werden; die ehemaligen deutschen und europäischen Kolonien sollen ideell und materiell entschädigt werden (wobei ausdrücklich betont wird, dass Gelder der Entwicklungszusammenarbeit keine Reparationen sind).

Die Kampagne beginnt mit einer Demonstration in Berlin am 15. November 2009, dem historischen Beginn der Berliner Afrika-Konferenz vor 125 Jahren. Sie endet mit einem Gedenkmarsch am 27. Februar 2010, der vom ehemaligen Konferenzort in der Wilhelmstraße zum Brandenburger Tor führt. In der Zeit dazwischen wird es eine Vielzahl von Veranstaltungen geben, die sich mit der Afrika-Konferenz und ihren Folgen beschäftigen. Geplant sind etwa eine Konferenz, Musicals mit Kindern und Jugendlichen, Museumsführungen sowie Informationsveranstaltungen. Die Kampagne ist offen für weitere Angebote und UnterstützerInnen.

Alle Aktivitäten und Termine finden sich ab Anfang Oktober unter: www.berliner-afrika-konferenz.de.

Armin Massing

ANZEIGE

Weder die entwicklungspolitische Theorie noch die Praxis ist frei von stereotypen Bildern und Rassismen. Wie ist das Verhältnis des „Gebers" zum „Nehmer", des „Helfers" zum „Hilfsbedürftigen", der „Entwickelten" zu den „Unterentwickelten"? „Von Trommlern und Helfern" nimmt in erster Linie die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen in den Blick. **Die Broschüre soll zum Nachdenken anregen und nicht Vorwürfe erheben oder sich mit dem moralischen Zeigefinger über die Praxis der vielen Engagierten stellen.** Sie soll Lust machen, sich aktiv damit auseinanderzusetzen, wie sich rassistische Strukturen auch in den eigenen Projekten widerspiegeln – und wie sie überwunden werden können!

Die Broschüre (84 Seiten, zahlreiche Farbabbildungen) wird herausgegeben von den entwicklungspolitischen Landesnetzwerken Berlin, Hamburg, Hessen und Sachsen. 3. Auflage 2009. Bezugsadresse: Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. (BER), Greifswalderstraße 4, 10405 Berlin, Mail: buero@ber-ev.de, Schutzgebühr: 9 EUR zzgl. Porto

ANZEIGE

INKOTA-Brief

NORD-SÜD-FRAGEN?

Im INKOTA-Brief finden Sie antworten. Abonnieren Sie jetzt!

Das Normal-Abo – vier Ausgaben pro Jahr – kostet nur 14 Euro. Außerdem bieten wir Ihnen Förderabos, Auslandsabos, Kennenlernangebote und noch rund 50 verschiedene lieferbare ältere Ausgaben. Für jedes Abo gibt es interessante Abogeschenke. **Lernen Sie uns kennen und besuchen Sie uns unter www.inkota.de/material/inkota-brief.**

»Dieses Buch sei all denen empfohlen, die sich für deutsch-deutsche Vergangenheit im globalen Kontext interessieren und besonders denen, die selbst als politische Aktivisten reis(t)en.« *EED TourismWatch*

Erika Harzer, Willi Volks (Hg.)
Aufbruch nach Nicaragua
Deutsch-deutsche Solidarität im Systemwettstreit
248 Seiten, Broschur, 14,8 x 21 cm
ISBN 978-3-86153-525-6
19,90 € (D); 20,50 € (A); 35,90 sFr (UVP)

Bücher der Reihe »Schlaglichter der Kolonialgeschichte«

Martin Baer, Olaf Schröter
Eine Kopfjagd
Deutsche in Ostafrika
224 S., 66 Abb., Klappenbroschur, Band 1
ISBN 978-3-86153-248-4

Jürgen Zimmerer, Joachim Zeller (Hg.)
Völkermord in Deutsch-Südwestafrika
Der Kolonialkrieg (1904 – 1908) in Namibia und seine Folgen
2. Auflage, 280 S., 96 Abb., Broschur, Band 2
ISBN 978-3-86153-303-0

Felicitas Becker, Jigal Beez (Hg.)
Der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika 1905 – 1907
240 S., 65 Abb., Broschur, Band 3
ISBN 978-3-86153-358-0

Helmut Strizek
Geschenkte Kolonien
Ruanda und Burundi unter deutscher Herrschaft
224 S., 82 Abb., Broschur, Band 4
ISBN 978-3-86153-390-0

Uwe Schulte-Varendorff
Kolonialheld für Kaiser und Führer
General Lettow-Vorbeck – Mythos und Wirklichkeit
224 S., 73 Abb., Broschur, Band 5
ISBN 978-3-86153-412-9

Mechthild Leutner, Klaus Mühlhahn (Hg.)
Kolonialkrieg in China
Die Niederschlagung der Boxerbewegung 1900 – 1901
272 S., 89 Abb., Broschur, Band 6
ISBN 978-3-86153-432-7

Marianne Bechhaus-Gerst
Treu bis in den Tod
Von Deutsch-Ostafrika nach Sachsenhausen – Eine Lebensgeschichte
208 S., 97 Abb., Broschur, Band 7
ISBN 978-3-86153-451-8

Thomas Morlang
Askari und Fitafita
»Farbige« Söldner in den deutschen Kolonien
204 S., 76 Abb., Broschur, Band 8
ISBN 978-3-86153-476-1

Karsten Linne
Deutschland jenseits des Äquators?
Die NS-Kolonialplanungen für Afrika
216 S., 91 Abb., Broschur, Band 9
ISBN 978-3-86153-500-3

Marianne Bechhaus-Gerst, Mechthild Leutner (Hg.)
Frauen in den deutschen Kolonien
288 S., 80 Abb., Broschur, Band 10
ISBN 978-3-86153-526-3

Verzeichnis zur Kolonialgeschichte jetzt anfordern

Alle Bände der Reihe 24,90 € (D); 25,60 € (A); 44,00 sFr (UVP)

Ausführliche Informationen zu diesen und weiteren Titeln unserer Reihen zur Kolonialgeschichte finden Sie im Internet unter **www.die-deutsche-kolonialgeschichte.de** oder unter **www.christoph-links-verlag.de**.

Ch. Links Verlag · Schönhauser Allee 36 · 10435 Berlin · Tel. (030) 44 02 32-12 · www.christoph-links-verlag.de

Ch.Links